

## **SWP-Studie**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Kay Möller / Niels Schütt (ext.)*

# **Südostasien 2001: Transformation, Kräftevergleich und Kooperation**

S 11  
Mai 2001  
Berlin

**Nachweis in öffentlich  
zugänglichen Datenbanken  
nicht gestattet.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2001

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

Gestaltungskonzept  
Gorbach Büro für  
Gestaltung und Realisierung  
Buchendorf

# Inhalt

Karte von Südostasien 4

**Problemstellung und Empfehlungen 5**

**Transformation 7**

Thailand 9

Malaysia 10

Singapur 12

Indonesien 13

Osttimor 16

Brunei 17

Philippinen 18

Birma 20

Kambodscha 22

Laos 23

Vietnam 24

**Kräftegleichgewicht 26**

Rüstungswettbewerb und neue Geographie 26

Der Zustand von Pax Americana 27

Rußland, Japan, Indien, China 28

Nichtmilitärische Risiken 29

**Kooperation 32**

ASEAN 31

ASEAN+3 32

**»Enlargement« oder Krisen ohne Ende 35**

**Abkürzungen 36**

# Karte von Südostasien

Quelle: Kartensammlung der Universität Texas im Internet  
([http://www.lib.utexas.edu/Libs/PCL/Map\\_collection/middle\\_east\\_and\\_asia/SoutheastAsia\\_ref00.pdf](http://www.lib.utexas.edu/Libs/PCL/Map_collection/middle_east_and_asia/SoutheastAsia_ref00.pdf), 23.2.2001).

**Südostasien 2001:  
Transformation, Kräftevergleich und Kooperation**

Ein Anfang der 90er Jahre noch boomendes Südostasien steht 2001 wirtschaftlich und politisch am Scheideweg. Während Nordostasien, jedenfalls momentan, wieder wachsende Investitionen und einen neuen technologischen Schub verzeichnet, bleibt eine dauerhafte Erholung der südostasiatischen Volkswirtschaften angesichts schlechter politischer Rahmenbedingung, steigender Ölpreise und einer Abschwächung der amerikanischen Konjunktur fraglich. Auch die exportgetriebene, makroökonomische Beruhigung der Jahre 1999/2000 könnte wieder auf dem Spiel stehen, wenn ihr keine konsequente Reform der mikroökonomischen, politischen und Rechtssysteme folgt. Dafür fehlt in vielen Fällen das Bewußtsein und in den meisten Fällen der finanzielle Spielraum. In dem Maße aber, in dem ausländische Investoren ihr Heil in Nordostasien suchen, müssen südostasiatische Regierungen einmal mehr ihre Währung verteidigen, ohne das Problem der öffentlichen und privaten Verschuldung auch nur ansatzweise einer Lösung näherzubringen.

Die bis vor einigen Jahren noch hochgepriesene Gemeinschaft Südostasiatischer Nationen (Association of Southeast Asian Nations, ASEAN) erscheint angesichts der neuen Herausforderungen nahezu gelähmt. Der traditionelle Konsens über gegenseitige Nichteinmischung, durch die noch vor der Krise von 1997/98 erfolgte Norderweiterung untergraben, könnte durch die mit der Schwächung Indonesiens einhergehenden Verschiebungen im regionalen Kräftegleichgewicht vollends obsolet werden. Zu den Folgen gehört eine Wiederbelebung der Konkurrenz externer Mächte in Südostasien, aber auch die abnehmende Fähigkeit, gemeinsam überzeugend auf nichtmilitärische Risiken zu reagieren.

Die vorliegende Analyse unternimmt eine Bestandsaufnahme der ökonomischen und politischen Transformationsprozesse in den ASEAN-Staaten und versucht, Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlichem und politischem Wandel, sowie zwischen Transformation, Kräftegleichgewicht und Regionalisierung zu identifizieren.

Die Autoren gelangen zu folgenden Ergebnissen:

1. In dem Maße, in dem die Ostasienkrise von 1997/98 makroökonomisch überwunden wurde, schwand in

den Staaten Südostasiens der Enthusiasmus für weitere mikroökonomische Reform und Liberalisierung. Gleichzeitig erwiesen sich die politischen Systeme als fragil, und es kam in unterschiedlichem Maße zur Neuaufgabe traditionell-populistischer Patronagepolitik. Anfang 2001 hängt das Schicksal der angelaufenen Transformationsprozesse wesentlich von der Entwicklung der globalen Konjunktur ab, aber auch eine Stabilisierung der Weltmärkte würde allenfalls vorübergehend über die strukturellen Defizite der betroffenen Volkswirtschaften hinweghelfen.

2. Die Beinahe-Neutralisierung Indonesiens als politischer Akteur und die damit einhergehende Schwächung der ASEAN hat sowohl in Südostasien als auch im weiteren asiatisch-pazifischen Raum zu einer Verschiebung des Kräftegleichgewichts geführt. Hauptkennzeichen dieser Dynamik sind unterschiedlich ausgeprägte Bemühungen Washingtons, Tokyos und Pekings, ihren jeweiligen Einfluß gegebenenfalls auch auf Kosten existierender kooperativer Strukturen zu stärken.
3. Die derzeitigen Probleme der ASEAN sind strukturell, nicht konjunkturell bedingt. Weitere Integrationsschritte bedürfen erfolgreicher Demokratisierung in den Mitgliedstaaten. Insofern und angesichts des generellen Globalisierungstempos ist auch die Flucht in eine weitere ostasiatische Gemeinschaft zum Scheitern verurteilt.
4. Deutsche und europäische Politik kann sich in Südostasien nicht mehr auf kommerzielle Diplomatie beschränken, wenn sie globale und regionale Sicherheit als unteilbar versteht. Demokratisierung muß Vorrang vor kurzfristigen Profiterwägungen haben. Sofern traditionelle Gleichgewichtspolitik in der Region noch eine Rolle spielt, sollte man den USA in ihren diesbezüglichen Bemühungen jedenfalls nicht in den Rücken fallen.

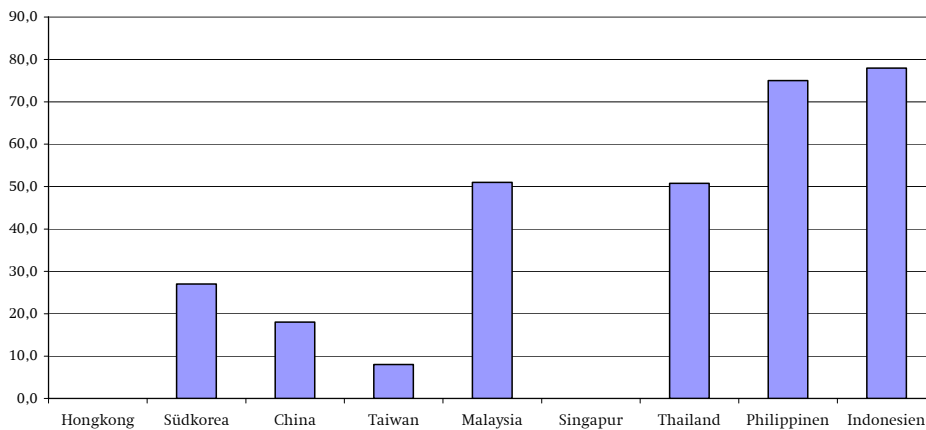
# Transformation

In dem Maße, in dem die Ostasienkrise von 1997/98 makroökonomisch überwunden wurde, schwand in den betroffenen Staaten Südostasiens der Enthusiasmus für weitere mikroökonomische Reform und Liberalisierung. Gleichzeitig blieb die öffentliche und private Verschuldung mit 50–80% beträchtlich (s. Graphik), und Versuche, Banken und Unternehmen

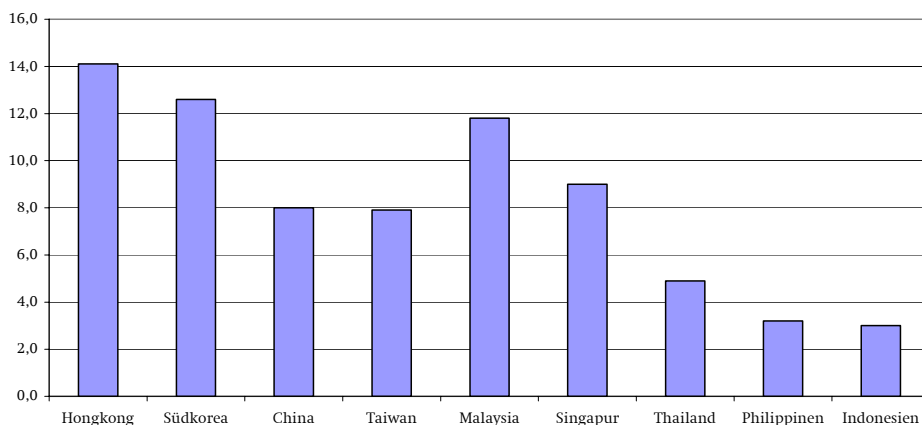
durch Geldinfusionen aus der Staatskasse zu sanieren, führten zu wachsenden Haushaltsdefiziten und neuen inflationären Risiken. 1999 flossen nur noch 17% aller ausländischen Direktinvestitionen in Ostasien in den südlichen Teil der Region (die Volksrepublik China verzeichnete 61%).

## Wachstum und das Schuldenproblem im ostasiatischen Vergleich

Auslandsverbindlichkeiten in % (Anteil am BSP 2000)



Wirtschaftswachstum in % (1. Quartal 2000)



Quelle: Far Eastern Economic Review, 29.6.2000, S. 14 (keine Angaben für Hongkong und Singapur).





Während 1999 noch die Erwartung vorherrschte, man könne sich aus der Krise exportieren, kamen mit dem Abflachen der amerikanischen Konjunktur 2000 wieder Zweifel auf. Gleichzeitig erwiesen sich die politischen Systeme als zunehmend fragil und es kam in unterschiedlichem Maße zur Neuauflage traditionell-populistischer Patronagepolitik. 2001 hängt das Schicksal der angelaufenen Transformationsprozesse wesentlich von der Entwicklung auf den Weltmärkten ab, doch auch eine Stabilisierung der globalen Konjunktur würde allenfalls vorübergehend über die strukturellen Defizite der Volkswirtschaften hinweghelfen.

## Thailand

*Einwohner:* 63,7 Millionen  
*Ethnische Zusammensetzung:* Thai 75%, Chinesen 14%, andere 11%  
*BSP 1999:* 121,0 Mrd. US-Dollar (Weltrang 31),  
*Wachstum 1998–1999:* +4,9%  
*BSP pro Kopf 1999:* 1960 US-Dollar (WR 102),  
*Wachstum 1998–1999:* +4,1%  
*Verteidigungsbudget 1999:* 2,1 Mrd. US-Dollar  
*Truppenstärke (aktiv):* 306 000 (Heer 190 000, Marine 73 000, Luftwaffe 43 000)  
*Staatsoberhaupt:* König Rama IX. (seit 1946)  
*Regierungschef:* Thaksin Shinawatra (seit 2001)

Die exportgetriebene Erholung der thailändischen Volkswirtschaft in den Jahren 1999/2000 dürfte angesichts der weltweit rückläufigen Nachfrage nach Produkten der Elektro-Industrie, rückläufiger industrieller Produktion und rückläufiger Binnennachfrage kaum aufrechtzuhalten sein. Kapitalabflüsse hielten auch 2000 an, und der Druck auf die Aktien- und Devisenmärkte nahm wieder zu.

Die Krise von 1997/98 förderte zunächst partizipatorische Forderungen der Mittelklassen und Unterschichten in Bangkok spektakulär. Die Regierung von Ex-General Chavalit Yongchaiyudh (1996/97) mußte nicht nur den Internationalen Währungsfonds (IWF) zu Hilfe rufen; sie machte sich unter dem Druck der oppositionellen Demokraten auch eine Verfassungs-Novelle zu eigen, mit der im Oktober 1997 ein weiterer Demokratisierungsschub ausgelöst wurde. Im folgenden Monat mußte Chavalit angesichts von Massenprotesten gegen anziehende Treibstoffpreise zurücktreten. Die Demokratische Partei unter Chuan Leekpai übernahm die Führung einer neuen Koalition.

Auf Betreiben des IWF hatte Chavalit einen Plan für den Umbau des Finanzsektors vorgelegt, dabei aber das allgemeine Liquiditätsproblem keiner Lösung nähergebracht. Die neue Koalition verfügte im November 1997 die Schließung der meisten überschuldeten Banken und eine beschleunigte Privatisierung von Staatsunternehmen. Kürzungen der Staatsausgaben und der gesamtregionale Aufwärtstrend führten im folgenden Jahr zu einer Erholung des Baht; Touristen und ausländische Investoren kehrten zurück, aber die Rezession ging weiter und mit ihr die Verschärfung der sozialen Lage. Während wichtige Wirtschaftsreformen im Parlament verschleppt wurden, gab es erheblichen Widerstand gegen den Plan der Regierung, den Bankensektor durch Finanzhilfen, Fusionen und Auslandsverkäufe wiederzubeleben. Diese Probleme konnten erst gegen Ende 1999 ansatzweise überwunden werden. Der IWF revidierte seine Wachstumsprognose für dieses Jahr von 1 auf 4%, und die Regierung verzichtete auf die Auszahlung der letzten Tranche des Hilfspakets.

Gleichzeitig stieg das Haushaltsdefizit infolge der staatlichen Geldinfusionen spürbar an. Der Privatisierungselan war auch im demokratischen Lager rückläufig, nachdem sich die konservative Opposition im Vorwahlkampf mit populistischen Parolen gegen den Ausverkauf nationaler Aktiva und für zusätzliche Hilfen für die sozial Schwachen positioniert hatte. Der Aufschwung des Jahres 1999 war im wesentlichen exportinduziert, aber der Exportsektor ernährte weniger als 3% der Beschäftigten, und die meisten anderen Sektoren schrumpften in der Folgezeit weiter. Interventionen der Regierung an den Devisen- und Aktienmärkten blieben erforderlich.

In Thailands schillernder Parteienlandschaft können allein die Demokraten für sich beanspruchen, seit den 40er Jahren konsequent für den Institutionenstaat eingetreten zu sein. Fast alle anderen Parteien wurden ausschließlich zum Zweck der Pfründensicherung gegründet, was insbesondere in den armen Nord- und Nordostprovinzen mit Stimmenkauf und Patronagepolitik einherging. Es war ein zentrales Anliegen der Verfassung von 1997, diese Praktiken zu unterbinden.

Die Reform entfaltete gleichzeitig positive und negative Wirkung. Chuans Innenminister mußte im April 2000 angesichts von Korruptionsvorwürfen zurücktreten, ein Drittel der im Vormonat gewählten Senatoren wurde wegen Stimmenkauf disqualifiziert. Gleichzeitig kam das Gros der neuen Oberhausmitglieder aus den überwiegend reformfeindlichen Kreisen pensionierter Beamter und Militärs, weil aktive Beamte

und Mitarbeiter der neuen unabhängigen Kontrollgremien laut Verfassung nicht kandidieren durften. Im Laufe des Jahres 2000 gab es Anzeichen dafür, daß einige der disqualifizierten Senatoren versuchten, die neue Verfassung auszuhebeln.<sup>1</sup> Im Dezember erklärte der Oberkommandierende der Streitkräfte, die Politik sei »ein totales Durcheinander« und es sei »schwer vorhersehbar, wann eine neue Regierung gebildet werden kann ... jede Verzögerung (z.B. durch Wiederholung des Wahlvorgangs, die Autoren) wird das Land in wirtschaftliche Turbulenzen stürzen.«<sup>2</sup>

Ein erstes Signal für den generellen Rechtstrend war im Juli 2000 die Wahl des Konservativen Samak Sundaravej zum Gouverneur von Bangkok. Das zweitbeste Ergebnis erzielte eine Kandidatin der ebenfalls konservativen Thai-Rak-Thai (»Thais lieben Thais«, TRT)-Partei des Telekommunikationsmagnaten Thaksin Shinawatra, der die Demokraten im Januar 2001 bei den Wahlen zum Unterhaus mit »absoluter Mehrheit« besiegte. Zwar wurde gegen Thaksin wegen Verschleierung seiner Vermögensverhältnisse ermittelt und die Wahlen erschienen vielen Beobachtern als äußerst unfair, aber die Bangkokener Börse reagierte mit einem spektakulären Kursanstieg. Thaksin hatte versprochen, jedem Dorf im Falle seines Wahlsieges eine Milliarde Baht (23 000 US-Dollar) zu schenken und Bauern die Schulden für drei Jahre zu erlassen. Einkommens- und Unternehmenssteuern sollten gesenkt, die nationalen Aktiva einer neuen Verwaltungsgesellschaft übergeben werden, worunter viele Kritiker eine kleine Gruppe von Oligarchen verstanden. Überschuldete Banken und Unternehmen sollten mit öffentlichen Geldern in die Gewinnzone zurückgeführt werden. Angesichts einer Staatsverschuldung von mehr als 60% des Bruttoinlandprodukts (BIP) bleibt offen, wie dieses Programm umgesetzt werden kann, ohne daß eine galoppierende Inflation eintritt.

Ende Januar 2001 annullierte die Wahlkommission 62 Abgeordnetenmandate wegen Wahlbetrugs, darunter 32 Sitze der TRT, womit Thaksin seine absolute Mehrheit wieder verlor. Nach der Bestätigung von 23 TRT-Kandidaten in Nachwahlen vereinbarte er eine Koalition mit der New Aspiration Party des früheren Premiers Chavalit und übernahm die Regierungsgeschäfte. Die neue Koalition verfügt über 284 von 500 Sitzen im Unterhaus; zur Abwehr eines Mißtrauensvotums bedarf es einer Zweidrittelmehrheit.

<sup>1</sup> Vgl. Far Eastern Economic Review (FEER), 13.7.2000, S. 24-26.

<sup>2</sup> Ebd., 11.1.2001, S. 22/23.

## Malaysia

*Einwohner:* 22,1 Millionen  
*Ethnische Zusammensetzung:* Malaien 64%, Chinesen 27%, Inder 9%  
*BSP 1999:* 77,3 Mrd. US-Dollar (WR 41), Wachstum 1998-1999: +4,3%  
*BSP pro Kopf 1999:* 3400 US-Dollar (WR 82), Wachstum 1998-1999: +1,9%  
*Verteidigungsbudget 1999:* 1,6 Mrd. US-Dollar  
*Truppenstärke:* 105 000 (Heer 80 000, Marine 12 500, Luftwaffe 12 500)  
*Staatsoberhaupt:* König Salahuddin Abdul Aziz (seit 1999, auf 5 Jahre gewählt)  
*Regierungschef:* D.S. Mahathir bin Mohamad (seit 1981)

Malaysia war mit der Einführung von Kapitalverkehrskontrollen im September 1998 gegen den plötzlichen Abfluß von Geld und damit einhergehende soziale Spannungen gefeit, mußte aber dem Binnenmarkt Kapital entziehen, um das von einem unterbewerteten Ringgit ausgehende inflationäre Risiko unter Kontrolle zu halten. Es kam zu einer Belebung der Exportwirtschaft und somit zu einer makroökonomischen Erholung,<sup>3</sup> gleichzeitig gingen jedoch sowohl die einheimischen als auch die ausländischen Direktinvestitionen deutlicher zurück als in den Nachbarländern.<sup>4</sup> Die Regierung suchte die Konjunktur durch erhöhte Staatsausgaben und Geldinfusionen zu stabilisieren und profitierte wegen eigener Förderung vom Anziehen des Weltmarktpreises für Erdöl. Dennoch stagnierte die Binnennachfrage, und die Devisenreserven schrumpften zwischen April und September 2000 von 34,5 Mrd. auf 30 Mrd. US-Dollar.

Gleichzeitig gab es nur halbherzige Bemühungen um mikroökonomische und keinerlei Bemühung um politische Reform. Zwar wurde der Bankensektor umstrukturiert und Nicht-Malaien und Ausländer dürfen künftig bis zu 100% der Anteile an Firmen erwerben, an denen bisher bis zu 70% für Malaien reserviert waren. Andererseits wurde die Unternehmensreform verschleppt; insbesondere angeschlagene

<sup>3</sup> Das BIP-Wachstum betrug zwischen Januar und September 2000 9,3% (1999: 5,8%; 1998: 7,8%). Die amtliche Arbeitslosenrate lag bei 3%, die Inflationsrate bei 2%. 2001 ergaben sich neue Probleme angesichts einer rückläufigen Weltnachfrage nach Palmöl und Microchips. Die Regierung reagierte mit verstärkten Infrastrukturausgaben und einem Plan zur Verkleinerung der Plantagen.

<sup>4</sup> Vgl. Asia 2000 Yearbook, Hongkong 2000, S. 160/61 und FEER, 17.8.2000, S. 21.

Konzerne mit Beziehungen zur regierenden Nationalen Front (Barisan Nasional, BN) und der darin führenden United Malay National Organisation (UMNO) von Premierminister Mahathir Mohamad profitierten vom staatlichen Geldsegen.

Malaysia soll nach Mahathirs Vorstellungen ab 2020 ein voll entwickelter Industriestaat sein, in dem Ethnizität eine untergeordnete Rolle spielt. Mindestens bis zu diesem Datum sollen das Machtmonopol der UMNO, demokratisch-rechtsstaatliche Defizite und die Positivdiskriminierung von Malaien im Rahmen der New Economic Policy (NEP) mit Verweis auf das fortbestehende Risiko ethnischen Konflikts gerechtfertigt werden. Insbesondere die malaysischen Chinesen (ca. 30%) fühlen sich durch diese Politik benachteiligt. Andererseits waren es ebendiese Chinesen, die Mahathir im Dezember 1999 eine Wahlniederlage ersparten.

Der Premierminister hatte im September 1998 seinen damaligen Stellvertreter und Finanzminister Anwar Ibrahim entlassen, nachdem dieser sich vor dem Hintergrund der regionalen Krise kritisch zu Korruption und Vetternwirtschaft geäußert hatte. Wenig später wurde Anwar unter dem Vorwurf der Homosexualität, Korruption, Einschüchterung von Zeugen und des Hochverrats ohne Gerichtsverfahren verhaftet und 2000 zu insgesamt fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Die anschließende gerichtliche und politische Schlammschlacht, Vorwürfe der Rechtsbeugung und Anzeichen für körperliche Mißhandlung des Gefangenen inspirierten insbesondere in der städtisch-malaiischen Mittelschicht Forderungen nach einer umfassenden Reform des Systems. Von Massendemonstrationen bestärkt, gründete Anwars Frau eine Bewegung für Soziale Gerechtigkeit, aus der später die Nationale Gerechtigkeitspartei (National Justice Party, NJP, malaiisch Keadilan) hervorging. Bemerkenswerterweise lagen die Standpunkte von UMNO und NJP zu Fragen der Globalisierung nicht weit auseinander.

Im Dezember 1999 entschied sich Mahathir angesichts der makroökonomischen Erholung für allgemeine Wahlen. Die BN, seit 1973 in Malaysia (und unter anderem Namen seit 1957 in der Malaiischen Föderation) an der Macht, gewann erneut eine Zweidrittelmehrheit, aber UMNO verlor die Hälfte der malaiischen Wählerschaft an die Opposition. Diese errang unter der nominalen Führung von Anwar und unter Beteiligung der (städtisch-malaiischen) NJP, der (ländlich-malaiischen) Islamischen Partei Malaysias (Parti Islam se-Malaysia, Pas), der (vornehmlich chinesischen) Democratic Action Party (DAP) und der kleinen

sozialistischen Malaysian People's Party (MPP) 44% der Stimmen, womit sich die Anzahl der Oppositionssitze im Parlament von 23 auf 45 (von insgesamt 193) erhöhte. Innerhalb dieser Alternativen Front (Barisan Alternatif, BA) gewann die Pas die meisten Stimmen. Sie kontrollierte bereits den nördlichen Bundesstaat Kelantan, gewann eine absolute Mehrheit im benachbarten Terengganu und ein Drittel aller Sitze in Mahathirs Heimatstaat Kedah. Wenn der Premierminister 2000 an der Macht blieb, dann vor allem, weil sich Malaysias Chinesen aus Furcht vor ethnischen Konflikten und wirtschaftlicher Destabilisierung hinter die BN stellten. Ausgerechnet diese Wähler brüskierte Mahathir neun Monate später, indem er Forderungen einer chinesischen Organisation nach mehr Transparenz und Liberalität und Rücknahme bestimmter Privilegien der Malaien mit extremistischen Bestrebungen gleichsetzte.<sup>5</sup> Gleichzeitig wurden die Oppositionswähler abgestraft. So soll die neue Pas-Regierung von Terengganu künftig keine Anteile mehr aus den Erlösen der dortigen Ölproduktion erhalten.<sup>6</sup>

Gleich nach den Wahlen wurden mehrere prominente Oppositionsführer, Journalisten und Aktivisten wegen Landes- bzw. Geheimnisverrats verhaftet. Mahathir hatte die Herausforderung bestanden, aber seine Position erschien schwächer als je zuvor in achtzehn Amtsjahren, und es blieb offen, ob ihm sein neuer Stellvertreter Abdullah Ahmad Badawi eines Tages nachfolgen würde. (Es wird nicht damit gerechnet, daß der Premierminister bei den Wahlen 2004 erneut antritt.)

Bei Nachwahlen zum Parlament des Bundesstaates Kedah im November 2000 besiegte der NJP-Kandidat den BN-Kandidaten, womit die regierende Koalition dort ihre langjährige Zweidrittelmehrheit verlor. Zwar waren die Stimmbürger im Vorfeld wie üblich mit Ausgaben für Infrastrukturprojekte umworben worden, aber mittlerweile konnte Mahathir nicht mehr auf die chinesischen Wähler zählen. Erstmals seit 1987 wurde der Premier wieder aus den eigenen Reihen kritisiert und indirekt zum Rücktritt aufgefordert.<sup>7</sup> Während UMNO berät, wie man die traditionelle malaiische Anhängerschaft zurückgewinnen kann, baut die Pas insbesondere in Terengganu ihre Klientel aus, indem sie zunehmend die (vornehmlich ökonomischen) Probleme der Chinesen und Inder anspricht.

<sup>5</sup> Vgl. FEER, 21.9.2001, S. 32–36.

<sup>6</sup> Ebd.

<sup>7</sup> Vgl. FEER, 14.2.2000, S. 16–18.

Mahathirs Einladung an die Führer von NJP und Pas, Gespräche über die politische Zukunft der Malaien aufzunehmen, dürfte zu spät gekommen sein.<sup>8</sup> Am Rande des politischen Spektrums hatten sich 2000 einmal mehr extreme islamische Kräfte bemerkbar gemacht. Im Juli entwendeten Angehörige der Sekte Al Ma'unah aus zwei Arsenalen in Perak Waffen und erschossen dabei drei Polizisten. Im Dezember wurden sechs Sektenmitglieder wegen der »Vorbereitung eines Krieges gegen den malaysischen König« (sic) zu je zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Mahathir erklärte, Al Ma'unah beabsichtige, seine Regierung zu stürzen und einen islamischen Staat zu gründen.<sup>9</sup> Die Sekte soll über Beziehungen zu Waffenschmugglern in der indonesischen Unruheprovinz Aceh und zu islamischen Extremisten in West-Java verfügen.<sup>10</sup> Im März 2001 kam es in den Vorstädten von Kuala Lumpur zu blutigen Zusammenstößen zwischen Malaien und Indern, nachdem eine indische Beerdigungsprozession mit einer malaiischen Hochzeitsgesellschaft zusammengestoßen war. Mindestens sechs Personen kamen ums Leben. Im April 2001 wurden neun NJP-Anhänger unter dem Vorwurf verhaftet, gewaltsame Proteste geplant zu haben.<sup>11</sup>

Zusammengenommen deuten einige Aspekte der jüngeren Entwicklungen in Malaysia auf eine mittelfristig möglicherweise radikal veränderte politische Landschaft hin. Im Jahr 2004 wird es 1,5 Millionen Neuwähler geben, davon 60% junge Malaien ohne traditionelle Bindungen an die UMNO. In dem Maße, in dem sich BN und BA einander programmatisch annähern, dürfte auf beiden Seiten die Versuchung zunehmen, die religiöse Karte auszuspielen.<sup>12</sup> Es wird wesentlich von der künftigen Wirtschaftsentwicklung abhängen, ob und wie weit sich Malaysia unter solchen Umständen indonesischen Szenarien annähert.

<sup>8</sup> Die NJP hat die Einladung bereits abgelehnt.

<sup>9</sup> Vgl. FEER, 21.12.2000, S. 13.

<sup>10</sup> Ebd., 1.2.2001, S. 24–28.

<sup>11</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung, 25.4.2001, S. 10.

<sup>12</sup> So brachte die UMNO im September 2000 einen Gesetzentwurf ein, mit dem der Übertritt von Moslems zu anderen Religionen verhindert werden sollte. Erst angesichts des Protestes von Frauenorganisationen und einer engagierten öffentlichen Debatte wurde der Entwurf wieder zurückgenommen.

## Singapur

*Einwohner:* 3,2 Millionen

*Ethnische Zusammensetzung:* Chinesen 76%, Malaien 15%, Inder 6%

*BSP 1999:* 95,4 Mrd. US-Dollar (WR 36), Wachstum 1998–1999: +5,6%

*BSP pro Kopf 1999:* 29.610 US-Dollar (WR 9), Wachstum 1998–1999: +3,6%

*Verteidigungsbudget 1999:* 4,2 Mrd. US-Dollar

*Truppenstärke:* 73 000 (Heer 50 000, Marine 9 500, Luftwaffe 13 500)

*Staatsoberhaupt:* Sellapan Ramanathan (seit 1999)

*Regierungschef:* Goh Chok Tong (seit 1990)

Singapur hat die Ostasienkrise dank hoher Devisenreserven, einer Exportwirtschaft auf hohem technologischem Niveau, guter Infrastruktur und relativ geringer Korruption besser überstanden als die meisten Nachbarn. Das Wirtschaftswachstum belief sich 2000 wieder auf ca. 10% (1999: 5,6%), und die Arbeitslosigkeit ging von 4,3% im Dezember 1998 auf 2,5% im September 2000 zurück.

Rückläufiges Wachstum in den USA und eine wieder rückläufige regionale Nachfrage werden indes den weltweiten Absatz von Produkten der singapurischen Elektronikindustrie dämpfen. Für 2001 wird nur noch ein Wachstum von 5–7% erwartet. Baubranche, Grundstücks- und Aktienmarkt sind angeschlagen, die Binnennachfrage hat sich noch nicht erholt.

Singapurs Wirtschaft ist in extremem Maß auf ein günstiges internationales und regionales Umfeld angewiesen. Im industriellen Sektor kontrollieren Unternehmen mit ausländischer Mehrheitsbeteiligung mehr als die Hälfte aller Aktiva. Zahlreiche ausländische Firmen nutzen den Stadtstaat als regionalen Brückenkopf. Mehr als 30% aller Industriearbeiter kommen aus Nachbarländern. Und während intensive Handelsbeziehungen mit Nordamerika und Europa den Schock von 1997/98 abzumildern halfen, bewirkte die Aufwertung des Singapur-Dollars gegenüber anderen regionalen Währungen einen Rückgang der industriellen Produktion und Beschäftigung. Die Regierung verfügte daraufhin eine Reduzierung der Unternehmenskosten, die vornehmlich zu Lasten der Arbeitnehmer ging. Bemühungen um den Ausbau eines nationalen Hightech-Sektors wurden beschleunigt, und erstmals erfuhren auch kleine und mittlere

Unternehmen staatliche Aufmerksamkeit.<sup>13</sup> Die Liberalisierung im Banken- und Telekommunikationssektor erhielt neue Impulse; die Einreise ausländischer Arbeiter wurde erleichtert.

Diese Strategie bringt für die seit 1959 ununterbrochen regierende People's Action Party (PAP) mittelfristig Probleme mit sich: Zum einen kann Wachstum künftig nicht mehr ausschließlich auf Kapitalakkumulation oder billige Arbeit setzen. Voraussetzung ist eine anhaltende Steigerung jener Totalen Faktor-Produktivität (TFP, das heißt der ökonomisch-technologischen Kreativität), die etwa für den Erfolg der Volkswirtschaft Taiwans in den 90er Jahren verantwortlich war. TFP ist nicht von oben planbar, sondern auf Liberalisierung und Dezentralisierung angewiesen, Entwicklungen, die die Herrschaftselite bisher vermeiden wollte. Diesem Prozeß ist ein System wenig zuträglich, in dem die Regierung den politischen Diskurs kontrolliert und die Binnenwirtschaft durch Grundstücks- und Rentenpolitik sowie Anteilmehrheiten an wichtigen Unternehmen dominiert. So hat beschleunigte Globalisierung zu einer Neuauflage jenes Brain-drain geführt, in dessen Rahmen schon in den 80er Jahren zehntausende Vertreter mittlerer Einkommensgruppen das Land verließen. Zum anderen hat sich das traditionelle Einkommensgefälle vor dem Hintergrund der Krise und der erwähnten Gegenmaßnahmen weiter verschärft.<sup>14</sup> Das singapurische Entwicklungsmodell kann künftig nicht mehr vornehmlich durch die Besteuerung breiter Bevölkerungsschichten finanziert werden.<sup>15</sup> Grundsätzlich kann es hier sowohl zu friedlicher Evolution als auch zu konfliktträchtigen Anpassungsprozessen kommen, aber derzeit ist es gerade die Verwundbarkeit der chinesischen Insel im malaiisch-islamischen Archipel, aus der die Regierung ihre anhaltende Legitimierung bezieht.

<sup>13</sup> Vgl. Lee Lai-To, Singapore's Globalisation Strategy, in: East Asia, 18 (Sommer 2000) 2, S. 36–49 (46).

<sup>14</sup> Laut amtlichen Angaben ging das monatliche Einkommen der ärmsten 10% aller Haushalte zwischen 1998 und 1999 von 256 auf 133 Singapur-Dollar zurück. Gleichzeitig verdienten die reichsten 20% aller Haushalte 18mal soviel wie die ärmsten 20% (1998: 15mal soviel); vgl. FEER, 3.8.2000, S. 24. Der Anteil der Haushalte, der monatlich weniger als 3000 Singapur-Dollar (1715 US-Dollar) verdiente, wuchs von 40% (1998) auf 42% (1999). Im gleichen Zeitraum fielen die niedrigsten Löhne um bis zu 34%, während Spitzengehälter in Politik, Verwaltung und Wirtschaft weiter anzogen; vgl. FEER, 12.10.2000, S. 26f.

<sup>15</sup> Vgl. W. G. Huff, Turning the Corner in Singapore's Developmental State?, in: Asian Survey, 39 (März/April 1999) 2, S. 214–242 (229).

Doch ist zum einen fraglich, ob das PAP-Regime aus den Entwicklungen in Indonesien, Malaysia etc. die richtigen Schlußfolgerungen zieht und den Zusammenhang zwischen ökonomischer und politischer Transformation erkennt. Zum anderen kann man aber davon ausgehen, daß es für den Stadtstaat kaum Alternativen zu Pax Americana und einer liberalen Weltwirtschaftsordnung gibt und sich der Transformationsdruck künftig eher noch erhöht.

Bis 2002 müssen in Singapur allgemeine Wahlen stattfinden. Premierminister Goh Chok Tong hat angekündigt, die Macht 2007 an seinen Stellvertreter Lee Hsien Loong abzugeben, den Sohn seines langjährigen Vorgängers Lee Kuan Yew.<sup>16</sup>

## Indonesien

*Einwohner:* 203,5 Millionen.

*Ethnische Zusammensetzung:* Javanesen 45%, Sundanesen 14%, Madüresen 8%, Malaien 8%, Chinesen 3%, andere (insgesamt ca. 360 Ethnien)

*BSP 1999:* 119,5 Mrd. US-Dollar (WR 32), Wachstum 1998–1999: +1,9%

*BSP pro Kopf 1999:* 580 US-Dollar (WR 150), Wachstum 1998–1999: +0,3%

*Verteidigungsbudget 1999:* 1,49 Mrd. US-Dollar

*Truppenstärke:* 298 000 (Heer 230 000, Marine 47 000, Luftwaffe 21 000)

*Präsident:* Abdurrahman Wahid (seit 1999)

– alle Daten inklusive Osttimor –

Der Zwang zum zeitgleichen Umbau von Staat, Wirtschaft und Rechtssystem macht Indonesien auch 2001 zu einem der instabilsten Staaten in Südostasien. Schuld ist nicht zuletzt Präsident Abdurrahman Wahid selbst, dessen generelle Unberechenbarkeit mittlerweile nur noch von wenigen Beobachtern auf eine ausgeklügelte politische Überlebensstrategie zurückgeführt wird (Wahids Partei des nationalen Erwachens errang bei den Parlamentswahlen vom Juni 1999 nur 13% der Stimmen). Hierüber und über anhaltende Machtkämpfe hinter den Kulissen war die Regierung der Nationalen Einheit aus säkularen Nationalisten, gemäßigten und radikalen Moslems, Reformern und Vertretern des Suharto-Regimes vom Oktober 1999 einen schleichenden Tod gestorben.<sup>17</sup> Im November

<sup>16</sup> Vgl. The Australian, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief (online), 25.1.2001.

<sup>17</sup> Im April 2000 hatte Wahid zwei Vertreter der wichtigsten

2000 beantragten 151 Abgeordnete des Unterhauses, Wahid diverser Verstöße gegen die Verfassung für schuldig zu befinden.

Ende Januar 2001 beschuldigte ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß den Präsidenten, unter Umgehung offizieller Kanäle 2 Millionen US-Dollar vom Sultan von Brunei angenommen und bei der Veruntreuung von 3,7 Millionen des staatlichen Lebensmittelkonzerns Bulog durch seinen persönlichen Masseur mitgewirkt zu haben. Das Plenum des Unterhauses befand mit großer Mehrheit, daß Wahid im erstgenannten Skandal die Unwahrheit gesagt habe und in den letztgenannten Skandal vermutlich verwickelt sei. Die Angelegenheit wurde an die Gerichte übergeben. Der Präsident bestritt die Vorwürfe und erklärte, das Geld aus Brunei sei für humanitäre Hilfen in der Unruheprovinz Aceh genutzt worden.<sup>18</sup>

Zehntausend vornehmlich studentische Demonstranten zogen daraufhin vor die Volksvertretung und verlangten Wahids Rücktritt, eine Forderung, die der Justizminister aufgriff.<sup>19</sup> Der Präsident prüfte die Möglichkeit, das Parlament durch Verhängung des Kriegsrechts aufzulösen, ein Schritt, an dem er anscheinend durch die militärische Führung gehindert wurde.<sup>20</sup> Verteidigungsminister Mohammed Mahfud stellte für den Fall eskalierender Straßengewalt ein »unabhängiges Handeln« der Streitkräfte in Aussicht,<sup>21</sup> und der Oberkommandierende des Heeres erklärte, die Armee sei dem Staat verpflichtet, nicht aber dem Präsidenten

Koalitionsparteien (Demokratische Partei Indonesiens für den Kampf und Golkar) aus seinem Kabinett entlassen. Unter parlamentarischem Druck erklärte er sich im August 2000 bereit, seine Befugnisse mit Vizepräsidentin Megawati Sukarnoputri und zwei leitenden Ministern zu teilen und Megawati die Verantwortung für die Tagespolitik zu überlassen. Tatsächlich regierte er weiter mit und verließ sich dabei zunehmend auf den im Oktober ernannten neuen Minister für Politik und Sicherheit, Ex-General Bambang Yudhoyono. Wirtschaftsminister Kwik Kian Gie, das einzige weitere Kabinettsmitglied aus Megawatis Demokratischer Partei für den Kampf, wurde durch den »ökonomischen Nationalisten« Rizal Ramli ersetzt. Golkar war an der Regierung nicht mehr beteiligt. Anfang 2001 kündigte die sogenannte »Achse« aus kleineren islamisch orientierten Parteien Wahid die Gefolgschaft auf. Sie hatte bei Wahids Wahl im Oktober 1999 eine entscheidende Rolle gespielt.

<sup>18</sup> Vgl. International Herald Tribune (online), 31.1.2001.

<sup>19</sup> Im März kam es erneut zu Studentendemonstrationen in Jakarta, woraufhin die Rupiah um mehr als 10% an Wert verlor. Ein Aufruf der Demonstranten zum Generalstreik blieb allerdings nahezu folgenlos.

<sup>20</sup> Vgl. The Straits Times (Singapur), zitiert in: Asia-Pacific Media Brief (online), 5.2.2001.

<sup>21</sup> Vgl. International Herald Tribune (online), 31.1.2001.

als Individuum.<sup>22</sup> Fünfzigtausend Wahid-Anhänger aus der 35-Millionen-starken Moslem-Organisation Nahdlatul Ulama organisierten im östlichen Java gewalttätige Gegendemonstrationen. Für den Fall eines Amtsenthebungsverfahrens drohte der Präsident mit noch größeren Massenkundgebungen.<sup>23</sup> Das Militär sucht mittlerweile nach einer Rechtsgrundlage für die Übernahme polizeilicher Aufgaben.<sup>24</sup> Wahid blieb vorerst an der Macht, weil sich weder Megawatis Demokratische Partei für den Kampf, noch die frühere Regierungspartei Golkar, noch das Militär für eine sofortige Amtsenthebung entscheiden mochten. Sie lehnten es aber auch ab, ihn zu unterstützen.<sup>25</sup> Mit der am 30. April 2001 formulierten zweiten parlamentarischen Rüge rückte ein Amtsenthebungsverfahren in den Bereich des Möglichen.

Schon zuvor hatte Wahid das Vertrauen in die eigene Führungsfähigkeit und damit die indonesische Wirtschaft beschädigt, indem er den Gouverneur der Zentralbank wegen unbewiesener Korruptionsvorwürfe unter Hausarrest stellen ließ. Im letzten Quartal 2000 büßte die Rupiah einmal mehr 15% ihres Wertes ein und überschritt die kritische Marke von 9000 Rp/1 US-Dollar; die Aktienkurse gingen im Vorjahresvergleich um 36% zurück. Ausländische Investoren hielten sich weiter bedeckt, die durch den vorteilhaften Wechselkurs und anziehende Ölpreise begünstigte Zunahme der Exporte war auf Dauer kein tragfähiger Ersatz für ihr Ausbleiben. Auch 2000 kam es zu Kapitalflucht; etwa 9 Milliarden US-Dollar Privatkapital sollen das Land verlassen haben.<sup>26</sup> Der IWF forderte die Regierung ultimativ auf, Risiken im Zusammenhang mit der anstehenden finanziellen Dezentralisierung einzudämmen (s. Fn. 39), Einnahmen aus dem Erdölgeschäft nicht für populistische Maßnahmen zu nutzen, sondern für den Abbau der Staatsverschuldung und endlich einen Zeitplan für den Verkauf von Banken durch die Indonesian Bank Restructuring Agency (IBRA) vorzulegen.<sup>27</sup> Die im Dezember 2000 fällige Auszahlung von 400 Millionen US-Dollar aus dem

<sup>22</sup> Vgl. FEER, 1.2.2001, S. 24-28.

<sup>23</sup> Vgl. BBC News, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief (online), 19.4.2001.

<sup>24</sup> Vgl. Stratfor.com, Global Intelligence Update (online), 16.3.2001.

<sup>25</sup> Vgl. Associated Press Online, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief (online), 26.4.2001.

<sup>26</sup> Weltbankeschätzung, zitiert nach FEER, 12.4.2001, S. 23-26.

<sup>27</sup> Vgl. FEER, 7.12.2000, S. 76/77. Bis September 2000 hatte die IBRA nur 10% der von ihr verwalteten Aktiva verkauft.

Hilfspaket des Fonds wurde ausgesetzt. Das bedeutete einen weiteren Glaubwürdigkeitsverlust für den Präsidenten und sein neues Wirtschaftsteam. Auch wenn das 2000 erzielte BIP-Wachstum von 4,8% (1999: 0,3%) andauern sollte, bleibt es weit hinter den Werten der Vorkrisenzeit zurück.

Die allgemeine Hilflosigkeit des Staates wurde im November 2000 eindrucksvoll demonstriert, als sich der Suharto-Sohn Hutomo Mandala Putra, genannt Tommy, einer Gefängnisstrafe wegen Korruption durch Flucht entzog (Suharto selbst blieb vorerst von einem Korruptionsprozeß verschont, seit ihn ein Gericht im September 2000 für verhandlungsunfähig erklärt hat; Wahid hat angekündigt, ihn im Falle einer Verurteilung zu begnadigen). Einige Beobachter vermuten hinter den jüngsten Korruptionsvorwürfen gegen den Präsidenten den anhaltenden Einfluß des Suharto-Clans.<sup>28</sup>

Derselbe Einfluß wurde schon in den Jahren zuvor für den Ausbruch ethnisch-religiöser Gewalt in Osttimor, auf den Molukken und anderswo verantwortlich gemacht, und die Sicherheitskräfte beschuldigten Suharto-Anhänger der landesweiten Bombenanschläge auf christliche Kirchen zu Weihnachten 2000.<sup>29</sup> Das Risiko eines Zerfalls der indonesischen Republik blieb unverändert hoch, eine Herausforderung, die Megawati und die Streitkräfte anscheinend zu einer gemeinsamen Konsolidierung der eigenen Position zu nutzen versuchten. In Aceh konnte der im Juni 2000 vereinbarte dreimonatige Waffenstillstand zwar bis Jahresende und dann nochmals um einen Monat verlängert werden,<sup>30</sup> aber auch während dieser Zeit forderte die Konfrontation zwischen den Sicherheitskräften und der Bewegung Freies Aceh (Gerakan Aceh Merdeka, GAM) mehrere hundert Opfer. Im Dezember 2000 versuchte Jakarta erfolglos, die Lage durch die Einführung des islamischen Rechts zu beruhigen. Einen Monat zuvor hatten erneut Hunderttausende Acehnesen für ein Unabhängigkeits-Referendum demonstriert. Im Februar 2001 erklärte Verteidigungsminister Mohamad Mahfud, es werde künftig keine

Verhandlungen mehr mit Separatisten bzw. über Unabhängigkeit geben.<sup>31</sup> Wenig später kündigte er »begrenzte Sicherheitsoperationen« gegen die Rebellen an<sup>32</sup> und verstärkte die Militärpräsenz. Im März stellte Exxon Mobil seine Öl- und Gasbohrungen in Aceh ein. Anfang Mai einigten sich Jakarta und die Rebellen dann doch auf eine neue Verhandlungsrunde.<sup>33</sup>

Im Dezember 2000 kam es auch in Papua (dem früheren Irian Jaya) im Anschluß an eine Demonstration der dortigen Unabhängigkeitsbewegung zu Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften, bei denen mindestens neun Demonstranten starben und Hunderte über die Grenze ins benachbarte Papua-Neuguinea flüchteten. Kurz zuvor waren der gemäßigte Vorsitzende des Präsidentschaftsrats von Papua, Theys Hio Eluay, und sein Generalsekretär gegen Wahids ausdrückliche Weisung von der Polizei verhaftet worden.

Der im Februar 2000 gegründete Präsidentschaftsrat vertritt 245 Stammesgruppen, die im Juni zum ersten Papua-Nationalkongreß zusammentraten, Präsident Wahid zur Anerkennung der 1961 proklamierten Unabhängigkeit aufforderten und die Vereinten Nationen um Vermittlung baten.<sup>34</sup> Die seit 1996 wieder sporadisch aufflammende Gewalt fachen in letzter Zeit nicht zuletzt vom Militär gegründete pro-indonesische Milizen an.<sup>35</sup> Separatistische Hardliner wollen sich mittlerweile nicht mehr mit Autonomie-Angeboten abspeisen lassen und drohen mit einem Guerillakrieg.<sup>36</sup> Unterdessen verhandelt Indonesien mit Papua-Neuguinea über die Schließung der dortigen Stützpunkte der Unabhängigkeitsbewegung.<sup>37</sup>

Neben den bisher halbherzig erscheinenden Bemühungen, die zivile Kontrolle über das Militär zu konsolidieren,<sup>38</sup> will die Regierung der separatistischen Herausforderung mit Dezentralisierungsmaßnahmen begegnen. So liegt die Verantwortung für Haushalt und Administration seit dem 1. Januar 2001 grundsätzlich bei Indonesiens 29 Provinzen und 300 Distrik-

<sup>28</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung, 12.2.2001, S. 3.

<sup>29</sup> Die Anstifter sollen sich eines lockeren Netzwerks aus aktiven und pensionierten Soldaten, islamischen Extremisten und kriminellen Elementen bedient haben; vgl. FEER, 1.2.2001, S. 24–28.

<sup>30</sup> Seither gilt kein formeller Waffenstillstand mehr, aber beide Seiten einigten sich auf regelmäßige Konsultationen zwischen den Kommandeuren der indonesischen Armee vor Ort und der Guerilla; vgl. The Jakarta Post, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief (online), 26.2.2001.

<sup>31</sup> Vgl. The Sydney Morning Herald, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief (online), 21.2.2001.

<sup>32</sup> Vgl. The Jakarta Post, zitiert ebd., 13.3.2001.

<sup>33</sup> Vgl. Times of India, zitiert ebd., 2.5.2001.

<sup>34</sup> Vgl. FEER, 28.12.00/4.1.2001, S. 14.

<sup>35</sup> Vgl. Stratfor.com, Global Intelligence Update (online), 1.12.2000.

<sup>36</sup> Vgl. FEER, 14.12.2000, S. 14.

<sup>37</sup> The Jakarta Post, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief (online), 15.2.2001.

<sup>38</sup> Im Zentrum dieser Bestrebungen steht die Auflösung der sogenannten Territorialkommandos, einer Parallelstruktur zur zivilen Verwaltung auf allen Ebenen.

ten.<sup>39</sup> Die Zentralregierung bleibt zuständig für Justiz, Verteidigung, Auswärtige Angelegenheiten und Geldpolitik. Ausländische Investoren haben sich bereits kritisch zu Kompetenz und Investitionsfreundlichkeit der Lokalpolitiker geäußert.<sup>40</sup>

Selbst in dem unwahrscheinlichen Fall, daß Dezentralisierung sezessionistische Tendenzen erfolgreich eindämmen sollte, wird sie an dem latenten Risiko ethnisch-religiöser Gewalt nichts ändern bzw. es durch Diskriminierung interner Flüchtlinge noch verschärfen.<sup>41</sup> 1999/2000 kamen allein in den Molukken mehr als 3000 Menschen ums Leben, und Präsident Wahid erwog vorübergehend, die internationale Gemeinschaft um materielle Hilfe zur Bekämpfung der Krise zu bitten.<sup>42</sup> Es gibt Anzeichen dafür, daß Militärs an der Entfaltung der Gewalt in den Molukken beteiligt waren; in jedem Fall nutzt die militärische Führung diese und andere Unruhen zur Rechtfertigung einer anhaltend wichtigen politischen Rolle. Im Februar 2001 konnte die Regierung in Kalimantan nur mit Mühe die Ausrufung des Ausnahmezustandes vermeiden. Derzeit sind mehr als die Hälfte von Armee und Polizei in Unruheprovinzen eingesetzt.<sup>43</sup> Eine Präsidentin Megawati ließe den Streitkräften in den betroffenen Gebieten voraussichtlich freie Hand.

Dennoch dürfte Indonesien 2001 nicht zur Militärdiktatur werden; denn die Streitkräfte sind in sich gespalten, und der Preis einer offenen Machtübernahme wirkt abschreckend. Wichtige Fraktionen im Militär könnten allerdings versuchen, von der weiteren Schwächung des Präsidenten und der andauernden Fragmentierungsgefahr zu profitieren, indem sie hinter den Kulissen neue politische Konstellationen fördern. Die zivile Kontrolle über die Armee bleibt der Schlüssel für den Erfolg des angelaufenen Demokrati-

<sup>39</sup> Kritik an diesem Schritt kam insbesondere aus den Reihen des IWF, der befürchtete, daß sich Jakarta in einer kritischen Phase seiner Umstrukturierungsbemühungen selbst der Kontrolle und der finanziellen Möglichkeiten benehmen könnte. Die Regierung sucht daher die Ausgaben der lokalen Einheiten zu begrenzen und zögert, Beamte unter lokale Aufsicht zu unterstellen. Die Zuständigkeit für den Bergbau soll erst in fünf Jahren abgegeben werden; vgl. FEER, 18.1.2001, S. 22.

<sup>40</sup> Ebd.

<sup>41</sup> Neben den zehntausenden (vornehmlich chinesischstämmigen) Bürgern, die das Land seit 1998 verlassen haben, gibt es mittlerweile über eine Million interner Emigranten, davon mehr als ein Drittel aus den Molukken.

<sup>42</sup> Vgl. FEER, 27.7.2000, S. 14.

<sup>43</sup> Vgl. The Jakarta Post, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief (online), 27.2.2001.

sierungsprozesses. Demgegenüber sind andere Spannungen, etwa zwischen moslemischen und säkularen Politikern sowie mehr oder minder radikalen Formationen, in den Hintergrund getreten.

## Osttimor

*Einwohner:* 800 000

*Ethnische Zusammensetzung:* 78% Timoresen, 20% Indonesier, 2% Chinesen

*BSP:* keine Angaben

*Verteidigungsbudget:* keine Angaben

*Truppenstärke:* 1500 (im Aufbau)

Ein unabhängiges Osttimor ist grundsätzlich überlebensfähig. Der neue Staat könnte sich mit Reis und Mais selbst versorgen, den Fremdenverkehr entwickeln, Kaffee, Öl und Gas exportieren.<sup>44</sup> Bis es soweit ist, muß die zu zwei Dritteln zerstörte Infrastruktur wieder aufgebaut und die Sicherheitslage an der Grenze zum indonesischen Westtimor stabilisiert werden.

Osttimor bleibt auf absehbare Zeit auf internationale Geber angewiesen.<sup>45</sup> Verbreitete Unterbeschäftigung und daraus resultierende Frustration haben zu einer deutlichen Zunahme von Kriminalität und Gewalt geführt, die sich gelegentlich auch gegen die Vertreter der Vereinten Nationen richtet.<sup>46</sup>

Indonesien und Portugal beauftragten den Generalsekretär der Vereinten Nationen am 5. Mai 1999 mit der Durchführung eines Referendums über weitreichende Autonomie für Osttimor. Am 30. August 1999 entschieden sich 78% der Befragten gegen das Autonomie-Angebot und damit für die Unabhängigkeit von Indonesien.

Nach Bekanntgabe des Ergebnisses begannen pro-indonesische Milizen mit Unterstützung der Sicherheitskräfte eine Einschüchterungskampagne, in deren Verlauf Hunderte Osttimoresen ums Leben kamen und ca. 250 000 das Territorium verließen. Am 15. September beauftragte der Weltsicherheitsrat mit Zustim-

<sup>44</sup> Zur Erschließung von Öl und Gas ist eine Neuaufteilung der Reserven im sogenannten »Timor Gap« mit Australien und Indonesien erforderlich. Offizielle Verhandlungen sollen nach Erlangung der vollen Unabhängigkeit von Osttimor aufgenommen werden.

<sup>45</sup> Bis Juni 2000 erhielt Osttimor humanitäre Hilfen in einem Gesamtwert von mehr als 135 Mio. US-Dollar. Die wichtigsten Geberländer waren Japan, Australien und Portugal.

<sup>46</sup> Vgl. FEER, 8.2.2001, S. 10.



mung Indonesiens eine multinationale Eingreiftruppe (International Force for East Timor, INTERFET) unter Führung Australiens mit der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung. Fünf Tage später landeten die ersten australischen Truppen auf Timor und zwangen die Milizen zum Rückzug in den Westteil der Insel. Am 19. Oktober 1999 entließ das Oberhaus in Jakarta Osttimor aus der Indonesischen Republik.

Eine Woche später schuf der Weltsicherheitsrat eine Übergangsverwaltung (United Nations Transitional Administration in East Timor, UNTAET), die das Territorium während einer – ursprünglich auf drei Jahre angesetzten – Übergangszeit bis zur vollständigen Unabhängigkeit verwalten soll. Im Februar 2000 übernahm die UNTAET auch die bis dahin von der INTERFET wahrgenommenen militärischen Kompetenzen. Sie umfaßt seither 2700 Zivilisten, 1400 Polizisten und ca. 8000 Soldaten.

Die UNTAET arbeitet seitdem eng mit dem im April 1998 gegründeten Nationalkomitee für Timoresischen Widerstand (Comité Nacional da Resistencia Timorese, CNRT) unter Führung von José Alexandre (»Xanana«) Gusmao zusammen, dem neben der Revolutionären Front für ein Unabhängiges Osttimor (Frente Revolucionario de Timor-Leste Independente, Fretilin) noch die sozialdemokratische Demokratische Union von Timor (Uniao Democratica Timorese, UDT) und mehrere kleinere Gruppen angehören. Aus den Reihen des Nationalkomitees konstituierten sich Ende 1999 eine provisorische Regierung und ein provisorisches Parlament. Gusmao kann damit rechnen, noch 2001 zum Präsidenten eines unabhängigen Osttimor gewählt zu werden.<sup>47</sup> Von einer Regierung Gusmao wäre eine prowestliche Politik zu erwarten, verbunden mit Bemühungen um regionale Integration. »Außenminister« José Ramos-Horta hat darüber hinaus die Schaffung einer »ostasiatischen OSZE« vorgeschlagen, um künftig gewaltsame Konflikte nach Osttimor-Muster zu verhindern.<sup>48</sup> Die Beziehungen zu Jakarta haben sich spürbar verbessert, seit Ramos-Horta die USA Anfang 2001 ergebnislos aufforderte, ein gegen Indonesien verhängtes Waffenembargo wieder aufzuheben.<sup>49</sup>

Während sich die militärische Sicherheitslage in

<sup>47</sup> Das provisorische Parlament empfahl im Februar 2001 die Abhaltung allgemeiner Wahlen im August.

<sup>48</sup> Vgl. die amtliche indonesische Nachrichtenagentur Bernama, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief (online), 30.1.2001.

<sup>49</sup> Die USA machen die Wiederaufnahme ihrer Militärhilfe für Indonesien von einer Ahndung der 1999 erfolgten Menschenrechtsverletzungen in Osttimor abhängig; vgl. Défense-Aérospatiale (Paris), zitiert ebd., 12.4.2001.

Osttimor seit Oktober 1999 stabilisiert hat, verschärfte sich die desolote wirtschaftliche und soziale Lage durch den Exodus indonesischer Technokraten, Ärzte und Lehrer und die wenig später erfolgte Rückkehr von ca. 150 000 Flüchtlingen aus Westtimor. Dort erwiesen sich die indonesischen Sicherheitskräfte als nicht willig bzw. unfähig, die Milizen zu entwaffnen, die noch ca. 100 000 osttimoresische Flüchtlinge an der Heimkehr hindern. Es kam zu militärischen Zwischenfällen an der Grenze, und im September 2000 wurden drei Mitarbeiter der Vereinten Nationen in Westtimor von Milizionären ermordet.

Osttimor baut derzeit mit portugiesischer Hilfe eine leichte Infanterietruppe auf, deren Mannstärke sich auf 1500 aktive Soldaten und eine ebenso große Anzahl Reservisten belaufen soll, das Gros davon ehemalige Guerillas der Falintil, des bewaffneten Arms der Fretilin.<sup>50</sup> Australien, Neuseeland, Malaysia und die Philippinen haben Ausbildungshilfe zugesagt. Im Februar 2001 verlängerte der Weltsicherheitsrat das Mandat für die internationale Eingreiftruppe um ein weiteres Jahr.

Mittelfristig könnte Osttimors größtes Problem im Fehlen einer demokratischen Kultur bestehen. Die Gesellschaft ist traditionell tribalistisch organisiert, etwa 30 Familien teilen sich die politische und ökonomische Macht. Die heute im Nationalkomitee mit der Fretilin zusammengeschlossene UDT hatte diese 1975 bekämpft. Mit dem näherrückenden Ende des UNTAET-Mandats steht die Solidarität der verschiedenen Unabhängigkeitsgruppen erneut in Frage. Gusmao trat im April unter Verweis auf inneren Zwist vom Vorsitz des Übergangsparlaments zurück.<sup>51</sup>

## Brunei

Einwohner: 325 000

Ethnische Zusammensetzung: Malaien 67%, Chinesen 16%, nicht-malaiische Ureinwohner 6%

BSP 1998: 5,5 Mrd. US-Dollar

BSP pro Kopf 1998: 7300 US-Dollar

Verteidigungsbudget 1999 (geschätzt): 365 Mio. US-Dollar

Truppenstärke: 5000 (Heer 3900, Marine 700, Luftwaffe 400)

<sup>50</sup> Falintil war nach dem Einmarsch der INTERFET mit ca. 1700 Guerillas weitgehend intakt geblieben. Xanana Gusmao hat den Oberbefehl niedergelegt.

<sup>51</sup> Vgl. FEER, 12.4.2001, S. 12. Wenig später folgte ihm José Ramos-Horta.

*Staats- und Regierungschef:* Sultan Hassanal Bolkiah  
(seit 1967)

Brunei blieb wegen seiner Einnahmen aus Öl- und Gasexporten sowie der Bindung seiner Währung an den Singapur-Dollar von den schlimmsten Auswirkungen der Ostasienkrise verschont, verzeichnete aber 1999 einen Rückgang seines BIP-Wachstums auf 0,6%, weil sowohl der Weltmarktpreis für Öl als auch die regionale Nachfrage rückläufig waren. Die herrschende Dynastie hat Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft seit Jahrzehnten im Ausland angelegt und ist weiterhin in der Lage, fast zwei Drittel der erwerbstätigen Bürger im öffentlichen Dienst zu beschäftigen. Diese Alimentierung belastet die Staatskasse allerdings zunehmend: So beträgt das Haushaltsdefizit seit 1994 ca. 15% des BIP.<sup>52</sup>

Mit der regionalen Krise und dem mit ihr einhergehenden Anstieg der Arbeitslosigkeit auf über 5% wurde einmal mehr die Notwendigkeit einer Diversifizierung der – überwiegend in Staatsbesitz befindlichen – bruneiischen Industrie deutlich. Diesbezügliche Bemühungen erfuhren 1998 einen Rückschlag, als der Mischkonzern Amedeo Development Corporation in Konkurs ging. Amedeo wurde vom Bruder des Sultans, Finanzminister Prinz Jefri Bolkiah, geleitet, der nach dem Konkurs für mehrere Monate ins Exil ging und anschließend zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Jefri ist seither bei Hof in Ungnade gefallen.

Brunei ist weltweit eines der letzten Feudalregime. Sultan Hassanal Bolkiah versucht seit 1990, »partizipatorische Forderungen durch eine Kombination aus materiellem Wohlstand, Kontrolle und Förderung traditioneller malaiischer Werte einzudämmen. Dieser Ansatz wurde vor dem Hintergrund der indonesischen Krise und der daraus resultierenden Unge- wissheiten modifiziert. So erhielten Bruneis ethnische Chinesen, die ca. 16% der Bevölkerung ausmachen, 1999 erstmals das Recht, eine Zeitung in eigener Sprache zu veröffentlichen. Restriktive Richtlinien für Film und Fernsehen wurden gelockert; die außer Kraft befindliche Verfassung von 1959 wurde revidiert und könnte Grundlage für allgemeine Wahlen liefern.<sup>53</sup>

Brunei liegt in einem Teil des malaiischen Archipels, in dem sich die teils divergierenden Interessen Indonesiens, Malaysias und der Philippinen überlagern, was in der Vergangenheit gelegentlich zu Spannungen geführt hat. Die wirtschaftliche Anbindung an Singapur und fortbestehende sicherheitspoli-

tische Beziehungen zu Großbritannien bieten keine hinreichende Garantie gegen einen Zusammenbruch dieser delikaten Balance. Der Umbruch in Indonesien und die daraus resultierenden Veränderungen im regionalen Kräftegleichgewicht (s. unten) werden in Brunei mit großer Sorge verzeichnet. Finanzhilfen für die betroffenen Nachbarstaaten und Bemühungen um eine bessere Kontrolle der eigenen Grenze sind Versuche, Worst-case-Szenarien abzuwenden.

## Philippinen

*Einwohner:* 75,7 Millionen  
*Ethnische Zusammensetzung:* Filipinos 40%, Indonesier/ Polynesier 30%, Negritos/Altmalaien 10%, andere  
*BSP 1999:* 78,0 Mrd. US-Dollar (WR 40), Wachstum 1998–1999: +3,6%  
*BSP pro Kopf 1999:* 1020 US-Dollar (WR 131), Wachstum 1998–1999: +1,4%  
*Verteidigungsbudget 1999:* 1,4 Mrd. US-Dollar  
*Truppenstärke:* 110 000 (Heer 73 000, Marine 20 500, Luftwaffe 16 500)  
*Staatsoberhaupt/Regierungschefin:* Gloria Macapagal Arroyo (seit 2001)

Die Philippinen gehörten angesichts grassierender Korruption, nicht abgeschlossener Deregulierung und politischer Instabilität auch in den 90er Jahren noch nicht zu den südostasiatischen »Tigern«. 2000 führte ein eskalierender Skandal um Präsident Joseph Estrada zu einem neuen Vertrauensstief bei internationalen Investoren, Druck auf den Peso und schnell ansteigenden Zinssätzen. Die offizielle Arbeitslosenquote lag bei 11%, die tatsächliche Unterbeschäftigung betrug etwa das Doppelte; ein Drittel der Filipinos verdiente weniger als einen US-Dollar am Tag. Das Haushaltsdefizit erreichte 2000 nach amtlichen – weit untertriebenen – Angaben 2,4 Milliarden US-Dollar.<sup>54</sup>

Der »Emporkömmling« Estrada hatte sein Wahlversprechen von 1998, vorrangig den Armen zu helfen, nicht nur nicht erfüllt, sondern statt dessen eine überwunden geglaubte politische Kultur der Korruption und Vetternwirtschaft wiederbelebt, die schließlich auch jene Vertreter unterer und mittlerer Einkommensgruppen mit dem sozialen Abstieg bedrohte, die unter seinem Vorgänger Fidel Ramos (1993–1998) zu bescheidenem Wohlstand gelangt waren. Im Oktober

<sup>52</sup> Vgl. Südostasien aktuell, 19 (Februar 2000) 2, S. 117.

<sup>53</sup> Vgl. Asia 2000 Yearbook, Hongkong 2000, S. 87.

<sup>54</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung, 25.1.2001, S. 8.

2000 erklärte ein Provinzgouverneur, dem Präsidenten persönlich 8,6 Milliarden US-Dollar aus den Einnahmen einer illegalen Lotterie übergeben zu haben. Vizepräsidentin Gloria Macapagal-Arroyo distanzierte sich von Estrada, das Parlament ordnete ein Absetzungsverfahren an. Der Präsident wurde beschuldigt, neben Glücksspielerlösen auch Tabaksteuern in die eigene Tasche umgeleitet, Verwandte begünstigt und Gerichtsverfahren gegen Freunde behindert zu haben. Estrada war seit seinem Amtsantritt aus Unternehmerkreisen und dem gehobenen Bürgertum kritisiert worden. Unter Führung des Erzbischofs von Manila und der früheren Präsidentin Corazon Aquino (1987–1993) konstituierte sich eine Allianz aus katholischer Kirche, Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und Nichtregierungsorganisationen, die in der Hauptstadt Massendemonstrationen mit dem Ziel der Ablösung des Präsidenten organisierte. Estradas Anhänger veranstalteten Gegenkundgebungen.

Das Amtsenthebungsverfahren begann am 7. Dezember 2000 im Senat, dem Oberhaus des philippinischen Kongresses. Unter Rückgriff auf traditionelle Patronagepolitik gelang es Estrada am 16. Januar 2001, die Hinzuziehung seiner Kontoauszüge als Beweismittel zu verhindern. Die elf vom Repräsentantenhaus eingesetzten Ankläger waren zuvor zurückgetreten, woraufhin der Senat das Verfahren auf unbestimmte Zeit aussetzte.

In Manila kam es zu viertägigen Massendemonstrationen, pensionierte Offiziere dachten laut über einen Putsch nach.<sup>55</sup> Estradas Parteigänger in Parlament und Regierung wechselten die Seite, und der Generalstabschef erklärte auf Druck aus dem jüngeren Offizierskorps, daß ihn die Streitkräfte nicht mehr als Oberbefehlshaber anerkannten. Am 20. Januar gab Estrada unter dem kombinierten Druck der Straße und des Establishments auf, ohne formell zurückzutreten. Macapagal-Arroyo wurde als Nachfolgerin vereidigt. Am 16. April wurde Estrada wegen Korruption und Meineid angeklagt und acht Tage später unter dem Vorwurf der Korruption und »wirtschaftlichen Plünderung« in Untersuchungshaft genommen. Mehr als 20 000 Anhänger demonstrierten gegen diese Entscheidung. Arroyo sprach am 30. April von einem gescheiterten Putschversuch.<sup>56</sup> Am folgenden Tag versuchten 20 000 Estrada-Anhänger vergeblich, den Präsidentenpalast zu stürmen. Arroyo rief den Aus-

nahmezustand aus.

Während der letzten Monate der Estrada-Administration war es fast täglich zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen dem Militär und islamischen bzw. kommunistischen<sup>57</sup> Guerillas gekommen. Am 30. Dezember 2000 forderten Bombenexplosionen in Manila 22 Todesopfer. Die Regierung machte die größte moslemische Unabhängigkeitsbewegung in Mindanao, die Moro Independence Liberation Front (MILF),<sup>58</sup> dafür verantwortlich. Verhandlungen mit der MILF waren im März 2000 abgebrochen worden, nachdem diese gegen ein drei Jahre altes Waffenstillstandsabkommen verstoßen und Estrada daraufhin eine Großoffensive des Militärs angeordnet hatte, bei der die Streitkräfte unter anderem das MILF-Hauptquartier in Zentral-Mindanao eroberten. Die Rebellen machten weitere Kontakte von der Einschaltung der Organisation der Islamischen Konferenz abhängig (Organisation of the Islamic Conference, OIC),<sup>59</sup> die 1996 erfolgreich zwischen Manila und der älteren Moro National Liberation Front (MNLF) vermittelt hatte, die heute in vier von 15 Provinzen in Mindanao die Regierung stellt. Arroyo will die Verhandlungen mit islamischen Separatisten und Kommunisten wieder aufnehmen und hat einseitige Waffenstillstände angeordnet. Im März 2001 erklärte die von Kommunisten angeführte National Democratic Front (NDF) daraufhin einen einmonatigen Waffenstillstand für sechs Provinzen in der Umgebung von Manila und ließ einen Gefangenen frei. Verhandlungen mit der Regierung wurden für April vereinbart. Auch die MILF hat erneut ihre Verhandlungsbereitschaft erklärt und läßt die Waffen ruhen. Indonesien hat seine Vermittlung angeboten.<sup>60</sup>

<sup>57</sup> Die seit den 60er Jahren insbesondere im Norden des Landes aktive kommunistische New People's Army konnte ihre Mannstärke in den letzten fünf Jahren nach offiziellen Angaben von 5000 auf 9000 vergrößern; vgl. FEER, 8.2.2001, S. 22/23.

<sup>58</sup> Die MILF verfügt über mindestens 15 000 Guerillas. Die sehr viel kleinere, im Sulu-Archipel ansässige Abu Sayyaf, die im Jahr 2000 durch Geiselnahmen auf sich aufmerksam machte, ist eher als kriminelle Vereinigung zu charakterisieren, die sich mit politischen Forderungen einen Anstrich von Legitimität zu geben versucht.

<sup>59</sup> Vgl. The Philippine Star, engl., 15.12.2000, zitiert in: Summary of World Broadcasts (SWB), FE/4026/B/4-5 vom 18.12.2000. Anscheinend ließ die MILF eine frühere Forderung nach dem vollständigen Rückzug der Regierungstruppen aus Zentral-Mindanao wieder fallen; vgl. Pilipino Star Ngayon, tagalog, zitiert ebd., FE/4033/B/4 vom 30.12.2000.

<sup>60</sup> Vgl. BBC News, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief (online),

<sup>55</sup> Vgl. FEER, 21.12.2000, S. 14–18.

<sup>56</sup> Vgl. Associated Press, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief (online), 1.5.2001.

Der Machtwechsel vom Januar 2001 wurde vielfach als ein von (General a.D.) Fidel Ramos inszenierter, verdeckter Militärputsch gewertet.<sup>61</sup> Die neue Präsidentin kam den Streitkräften gleich nach Amtsantritt bei budgetären und anderen Wünschen entgegen.<sup>62</sup> Ihre Hauptaufgabe besteht nunmehr darin, die Anliegen der Geschäftselite und des neuen Mittelstandes zu vertreten, ohne sich Estradas Klientel aus den unteren Einkommensgruppen weiter zu entfremden. Dieser Balanceakt könnte auf Dauer schwer durchzuhalten sein. Arroyo selbst stammt aus einer der etwa 200 Familien, die Politik und Wirtschaft auf den Philippinen traditionell dominieren. Ihre Patronage-Netzwerke gilt es aufzubrechen, sollen die unter Estrada beschädigten demokratischen Institutionen und damit die demokratische Glaubwürdigkeit des Landes wiederhergestellt werden. Wenn das mißlingt, sind indonesische Szenarien auch für die Philippinen nicht auszuschließen.

## Birma

*Einwohner:* 50,9 Millionen.  
*Ethnische Zusammensetzung:* Birmanen 68%, Shan 9%, Karen 7%, Rakhin 4%, Chinesen 3%, andere (u.a. Chin, Kachin, Wa, Mon) 9%  
*BSP:* keine Angaben  
*Verteidigungsbudget 1999 (geschätzt):* 1,7 Mrd. US-Dollar  
*Truppenstärke (geschätzt):* 429 000 (inkl. Polizei und Volksmiliz, Heer 325 000, Marine 10 000, Luftwaffe 9 000, Paramilitärische Truppen etwa 85 000)  
*Staats- und Regierungschef:* Than Shwe (seit 1992)

Im September 2000 fanden erstmals seit 1994 wieder direkte Gespräche zwischen der Militärjunta (State Peace and Development Council, SPDC; bis 1997: State Law and Order Restoration Council, SLORC) und Aung San Suu Kyi, der Vorsitzenden der oppositionellen National League for Democracy (NLD), statt. Wenig später wurden 84 politische Gefangene aus der Haft entlassen. Bereits im Vorjahr hatte die Junta Vertretern des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes

19.4.2001.

<sup>61</sup> Vgl. z.B. Süddeutsche Zeitung, 29.1.2001, S. 4.

<sup>62</sup> Vgl. South China Morning Post (Hongkong), zitiert in: Asia-Pacific Media Brief (online), 7.2.2001; The Straits Times (Singapur), zitiert ebd., 20.2.2001.

den Zugang zu ihren Gefängnissen eröffnet.

Die Kontakte wurden international mit vorsichtigem Optimismus aufgenommen, nährten sie doch Hoffnungen auf einen Prozeß der Annäherung beider Seiten, die sich seit der Nichtanerkennung des Ergebnisses der demokratischen Wahlen von 1990, bei denen die NLD eine absolute Mehrheit errungen hatte, auf Konfrontationskurs befinden. Begleitet wurden die Gespräche von Vermittlungsversuchen der Vereinten Nationen, des malaysischen Regierungschefs und der EU. Allerdings stehen beide Seiten mittlerweile selbst unter erheblichem Handlungsdruck. Während der SPDC dem anhaltenden, durch westliche Sanktionen<sup>63</sup> und die regionale Krise begünstigten Niedergang der Wirtschaft Herr zu werden sucht, droht der NLD Handlungsunfähigkeit, weil ihre Mitgliederzahl aufgrund staatlicher Repressionen stark zurückgegangen ist.

Dem universalen Machtanspruch des SPDC steht eine geringe Kompetenz zur Lösung insbesondere ökonomischer Probleme gegenüber. War Birmas Wirtschaftspolitik im Zuge der teilweisen Liberalisierung seit 1988 zunächst relativ erfolgreich, so ist davon heute nicht mehr viel zu spüren. Das für 1999 offiziell veranschlagte BIP-Wachstum von 5,6% gilt als stark übertrieben. Die Inflationsrate liegt bei ca. 50%; ausländische Direktinvestitionen gingen zwischen 1998 und 1999 von 774 Millionen auf 29,5 Millionen US-Dollar zurück (seit 1998 veröffentlicht die Regierung nur noch selektiv Wirtschaftsdaten). Birma möchte mehr Gas und Öl fördern und exportieren, stößt aber rezessions- und sanktionsbedingt auf dieselben Grenzen wie bei der Steigerung seines BIP generell.

Das politische Klima ist weiterhin von Repression geprägt. Die NLD kämpft für die Anerkennung ihres

<sup>63</sup> 1990 setzten die USA, die EG und Japan ihre Entwicklungshilfe für Birma aus und übernahmen fortan keine Garantien mehr für Exporte und Investitionen. Die USA belegten Hilfen der Weltbank, des IWF und der Asiatischen Entwicklungsbank mit Veto. EG-Mitgliedstaaten zogen ihre Verteidigungsattachés aus Rangoon ab und verwiesen die birmanischen Attachés des Landes. Washington ließ seinen Botschafterposten in Rangoon vakant. 1996 erließ die EU ein Einreiseverbot für führende Vertreter der Junta und deren Familien. 1997 entzog sie Birma bestimmte Handelsprivilegien, und 2000 froh sie die Auslandsguthaben prominenter SPDC-Vertreter ein. Die USA verboten 1997 neue amerikanische Investitionen in Birma und belegten birmanische Funktionäre mit Einreiseverboten. Zwischen 1993 und 1998 zogen sich mehr als zwanzig multinationale Konzerne aus dem Land zurück. Japan hat seine Sanktionen seit 1995 weitgehend wieder aufgehoben.

Sieges von 1990 (d.h. die Einsetzung des Parlaments), vor allem aber für die Verabschiedung einer neuen Verfassung, die den Einfluß des Militärs auf die Politik stark einschränken soll.<sup>64</sup> Die Junta lehnt das strikt ab, versucht weiter, die NLD ihrer Basis und damit Aung San Suu Kyi ihrer Legitimierung zu berauben.<sup>65</sup> Parallel dazu hat sich auch die Haltung der Opposition verhärtet, die sich in den vergangenen Jahren gegen die Bemühungen der ASEAN, Japans und Australiens um eine Einbindung Birmas ausgesprochen hat.<sup>66</sup>

Die Oppositionsführerin, von 1989 bis 1995 unter Hausarrest, wurde im September 2000 erneut festgesetzt, nachdem sie zweimal vergeblich versucht hatte, ihre Anhänger außerhalb von Rangoon aufzusuchen. Angesichts von Repression und Kontrolle der Bevölkerung durch den militärischen Geheimdienst und der weitgehenden Gleichschaltung des öffentlichen Lebens in vom SPDC abhängigen Massenorganisationen besteht auch außerhalb der NLD kaum die Möglichkeit, regierungskritisch aktiv zu werden. Auf dem Lande regiert ohnehin der Terror: Etwa eine Million Personen sind als Zwangsarbeiter verpflichtet.<sup>67</sup> Fast zeitgleich mit der Wiederaufnahme der Kontakte zwischen Junta und NLD berichtete ein Experte der VN-Menschenrechtskommission von amtlicher Unterdrückung jeglicher oppositionellen Aktivität und inhumaner Behandlung von Vertretern der Opposition und der ethnischen Minderheiten.<sup>68</sup> Im April 2001 begrüßte die Kommission die erkennbaren Anzeichen für Fortschritt, brachte aber gleichzeitig ihre Betroffenheit über die anhaltende systematische Verfolgung der NLD sowie schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen zum Ausdruck.<sup>69</sup>

Das Demokratieproblem wird von Birmas traditionellem ethnischen Separatismus überlagert und kompliziert. So dauert der Kampf des Regimes gegen die

Guerillas der Karen National Union (KNU) an der Grenze zu Thailand an. Die KNU ist mit mehreren tausend Kämpfern die wichtigste unter den ethnischen Rebellenarmeen, die seit 1989 keinen Waffenstillstand mit Rangoon eingegangen sind.<sup>70</sup> Zum Jahreswechsel 2000/01 kam es zu einer neuen Offensive der Regierungstruppen, die mit einer Strategie der verbrannten Erde etwa 30 000 Personen in das Bergland vertrieben. Auf der thailändischen Seite der Grenze kampieren schon ca. 100 000 birmanische Flüchtlinge.

Wo Waffenstillstandabkommen geschlossen und beachtet wurden,<sup>71</sup> genießen die »befriedeten« Minderheiten weitgehende ökonomische Handlungsfreiheit. Viele von ihnen sind in der Produktion von und im Handel mit Drogen aktiv.<sup>72</sup> Zwischen 1988 und 1996 verdreifachte sich die Drogenproduktion im birmanischen Sektor des Goldenen Dreiecks. Birma ist heute international der führende Produzent von Opium und produziert etwa die Hälfte des weltweiten Angebots an Heroin. Ausländische Beobachter halten das Volumen des im Drogenhandel erwirtschafteten Einkommens für mindestens ebenso groß wie das Volumen aller Profite aus legalen Wirtschaftsaktivitäten.<sup>73</sup> Seit Inkrafttreten der Waffenstillstandsabkommen wird Geld aus dem Drogenhandel in Rangoon gewaschen. Eine direkte Involvierung des SLORC/SPDC ist weiterhin nicht belegbar, es gibt jedoch zahlreiche Hinweise auf Beziehungen zwischen Drogenhändlern und korrupten Militärs. Die Regierung hat ehemalige Drogenhändler aufgefordert, ihre Erlöse in die legale Wirtschaft zu investieren.<sup>74</sup>

Während die Junta keinerlei Anzeichen macht, das

**70** Zu den übrigen kämpfenden Bewegungen zählen die Karenni National Progressive Party, die Chin National Front, die National United Party of Arakan und die Lahu Democratic Front. Zudem lehnen bewaffnete Fraktionen einzelner Ethnien den von der jeweiligen Mehrheitsfraktion vereinbarten Waffenstillstand ab, so etwa die Wa National Organisation.

**71** Die Zukunft dieser Waffenstillstände wird in dem Maße fraglich, in dem sich Regierungstruppen in Fraktionskämpfe einmischen, Druck ausüben oder einzelne Führer mit materiellen Anreizen ihrer Basis entfremden; vgl. Aung Htoo, *Ethnic Tensions in Burma*, in: *Panorama* (Manila, Konrad Adenauer Stiftung), 2000 (3), S. 35–60 (47).

**72** Die wichtigsten im Drogengeschäft aktiven Minderheiten-Bewegungen sind die United Wa State Army und die Shan State Army.

**73** Vgl. Tom *Wingfield*, *Myanmar: Political Stasis and a Precarious Economy*, in: *Southeast Asian Affairs 2000*, Singapur: Institute for Southeast Asian Studies, 2000, S. 203–218 (210f).

**74** Vgl. *Report to Congress on Conditions in US Policy toward Burma*, Washington: Department of State International Information Programmes, online, 3.5.2000.

**64** Die Junta selbst hatte 1993 unter Ausschluß der NLD eine neue Verfassung entworfen, die sich weitgehend am Vorbild von Suharto-Indonesien orientierte. Sie ist bis heute nicht in Kraft getreten.

**65** Vgl. *Asia 2000 Yearbook*, Hongkong 2000, S. 89.

**66** 1999 lehnte Aung San Suu Kyi den australischen Vorschlag ab, eine unabhängige Menschenrechtskommission einzusetzen. Der SPDC hatte auf den Vorschlag positiv reagiert.

**67** Schätzung der International Confederation of Free Trade Unions, zitiert in: FEER, 14.12.2000, S. 4. In diesem Zusammenhang verhängte die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organisation, ILO) im November 2000 Sanktionen gegen Rangoon.

**68** Vgl. FEER, 26.10.2000, S. 13.

**69** Vgl. BBC News, zitiert in: *Asia-Pacific Media Brief* (online), 19.4.2001

Minderheitenproblem einer politischen Lösung näherzubringen, hat auch die NLD kein Patentrezept parat. Sollte der Demokratisierungsprozeß anlaufen, dürfte das Risiko eines Zerfalls des birmanischen Staates analog zum indonesischen Beispiel weiter zunehmen.

Birma zählt zu den am stärksten gerüsteten Staaten Ostasiens. Zwischen den frühen 80er Jahren und 1999 stieg die Kopfstärke der Armee von 195 000 auf etwa 450 000 an; mit einem Anteil am BIP von etwa 14% sind die Militärausgaben mehr als doppelt so hoch wie die Budgets für Erziehung und Gesundheit zusammengekommen. Gleichzeitig ist keine ernsthafte Bedrohung von außen erkennbar. Mittlerweile gibt es Probleme bei der Kontrolle des gewaltigen Militärapparats und der Besoldung und Versorgung der Soldaten.<sup>75</sup> Auch in dieser Hinsicht werden die Streitkräfte zunehmend selbst zum politischen Unsicherheitsfaktor.

Innerer und äußerer Druck haben die Machtposition des SPDC allerdings bisher nicht erschüttert. So bleibt ungewiß, ob die Wiederaufnahme des Dialogs mit der NLD als Erfolg der jahrelangen Bemühungen der ASEAN-Staaten und anderer um »konstruktive Dialoge« zu werten ist. Besonders problematisch ist, daß man über die SPDC-internen Machtstrukturen und Befehlsstränge nur wenig weiß. Die Informationslage hat sich etwas verbessert, seit aufgrund der Erkrankung des SPDC-Vorsitzenden Tan Shwe ein Machtkampf um seine Nachfolge ausgebrochen ist. Ausichtsreichste Bewerber sind der Chef des militärischen Nachrichtendienstes, Khin Nyunt, der als Befürworter einer vorsichtigen Öffnungspolitik gilt und die jüngsten Gespräche mit Aung San Suu Kyi führte, sowie der konservative Heereskommandeur Maung Aye, der anscheinend von Tan Shwe favorisiert wird.<sup>76</sup>

Solange Aung San Suu Kyi unter Hausarrest steht, die Mehrzahl ihrer Anhänger im Gefängnis bleibt und jegliche Oppositionstätigkeit untersagt ist, kann von einer politischen Öffnung in Birma schwerlich die Rede sein. Lackmustest für das Verhandlungsinteresse des Regimes wird die Frage sein, inwieweit die NLD in Entwurf und Verabschiedung einer neuen Verfassung einbezogen wird. Diese Kriterien sollten auch in west-

<sup>75</sup> Vgl. *Wingfield*, Myanmar, S. 32.

<sup>76</sup> Vgl. *Asia 2000 Yearbook*, S. 91; Burma/Myanmar: How Strong Is the Military Regime, Bangkok/Brüssel: International Crisis Group, 2000, S. 7. Es wird damit gerechnet, daß der Tod von Generalleutnant Tin Oo, der Nummer 4 des Regimes, durch einen Flugzeugabsturz im Februar 2001 zu einer weiteren Verschärfung des Machtkampfs führt. Tin Oo galt als politischer und militärischer Hardliner; vgl. Stratfor.com, Global Intelligence Update (online), 19.2.2001.

liche und europäische Entscheidungen über eine Lockerung von Sanktionen einfließen.

## Kambodscha

*Einwohner:* 10,7 Millionen.  
*Ethnische Zusammensetzung:* Khmer 90%, Vietnamesen 5%, Chinesen 1%  
*BSP 1999:* 3,0 Mrd. US-Dollar (WR 133), Wachstum 1998–1999: +4,5%  
*BSP pro Kopf 1999:* 260 US-Dollar (WR 186), Wachstum 1998–1999: +2,2%  
*Verteidigungsbudget 1999:* 129 Mio. US-Dollar  
*Truppenstärke (geschätzt):* 149 000 (Heer 99 000, Marine 3 000, Luftwaffe 2 000, Provinztruppen ca. 45 000)  
*Staatsoberhaupt:* König Norodom Sihanouk (seit 1993)  
*Regierungschef:* Hun Sen (seit 1998)

Kambodschas Wirtschaft leidet weiterhin unter den Folgen der Indochina- und Bürgerkriege und mittlerweile unter den Auswirkungen der Ostasienkrise. Das BIP wuchs 2000 um ca. 4% (1999: 4,5%), aber für eine wirksame Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit wären 7–8% nötig. Hinzu kommen eine hohe Importabhängigkeit, wachsende Auslandsverschuldung und Abhängigkeit von internationalen Hilfen, die derzeit rund 60% der Staatsausgaben ausmachen. Die einzigen Wachstumsbranchen sind die Textil- und Tourismusindustrie, aber auch sie können den jährlichen Zuwachs von ca. 150 000 Personen auf dem Arbeitsmarkt nicht absorbieren. Wer beschäftigt ist, ist infolge der regionalen Krise mit einer anhaltenden Verschlechterung der Arbeitsbedingungen konfrontiert.<sup>77</sup>

Ausländische Direktinvestitionen erreichten 2000 angesichts grassierender Korruption, Rechtsunsicherheit, mangelnder Infrastruktur und Mangel an qualifizierten Arbeitskräften einen neuen Tiefstand. Seit dem Pariser Friedensschluß von 1991 ist Kambodscha zu einem Zentrum des Handels mit Drogen, Menschen und Waffen geworden, der vornehmlich von chinesischen Banden organisiert wird.

Ministerpräsident Hun Sen konnte seine Machtstellung durch einen Putsch im Juli 1997 weiter ausbauen. Bei den Wahlen vom Juli 1998 gewann seine Cambodian People's Party (CPP) 41,4% der abgegebe-

<sup>77</sup> Vgl. *Milton Osborne*, Cambodia: Hun Sen Consolidates Power, in: *Southeast Asian Affairs 2000*, Singapur: Institute of Southeast Asian Studies, 2000, S. 101–111 (107f).

nen Stimmen, verfehlte jedoch die zur Regierungsbildung notwendige Zweidrittelmehrheit. Die beiden unterlegenen Parteien (die royalistische Front Union pour un Cambodge Indépendant, Neutre et Coopératif, Funcinpec, 31,7% und die Sam-Rainsy-Partei 14,3%) fochten das Ergebnis zunächst an. Funcinpec fand sich auf eine Intervention König Sihanouks hin im Dezember zu einer Neuaufgabe der großen Koalition mit der CPP bereit, und ihr Vorsitzender Norodom Ranariddh wurde Präsident der Nationalversammlung. In der Regierung gingen 15 von 29 Ministerien an die CPP, darunter die Schlüsselressorts für Wirtschaft und Finanzen. Die meisten Provinz- und Distriktbehörden sowie die Streitkräfte werden von der CPP kontrolliert.

Am 24. November 2000 versuchten angeblich aus den USA angereiste antikommunistische Partisanen erfolglos, die kambodschanische Hauptstadt mit Waffengewalt zu übernehmen.

Die neue Regierung war bemüht, ihren Reformwillen jedenfalls nach außen unter Beweis zu stellen. Insbesondere die Ausschaltung der letzten Guerillas der Roten Khmer und die eingeleitete Verkleinerung der Armee<sup>78</sup> wurden begrüßt sowie Bekenntnisse zu politischem Pluralismus und Meinungsfreiheit.

Solche positiven Tendenzen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß in Kambodscha auf allen Ebenen von Regierung und Verwaltung Korruption grassiert. Hierhin gehört auch die Konfiszierung von Land an der thailändischen Grenze, wo der Staat Spielkasinos und landwirtschaftliche Großbetriebe aufbaut.

Das besondere Augenmerk der Staatengemeinschaft gilt Phnom Penhs Bemühungen um Vergangenheitsbewältigung, ein sensibles Thema, weil die heutige CPP aus den Roten Khmer hervorgegangen ist. Im Januar 2001 verabschiedete das Unterhaus einen Gesetzentwurf, der die strafrechtliche Verfolgung der verbliebenen Führer des Pol-Pot-Regimes ermöglichen soll. Drei der fünf Richter sollen Kambodschaner sein, zwei mit Vetorecht ausgestattete Ausländer. Vorausgesetzt, das Gesetz passiert den Senat und den Verfassungsrat und wird vom König unterzeichnet, werden Jahre vergehen, bevor die für ein Verfahren notwendige Infrastruktur vorhanden ist. Grundsätzlich bestimmen Richter und Staatsanwälte gemeinsam, wer angeklagt wird. In der Praxis dürfte Premiermi-

nister Hun Sen ein Mitspracherecht haben, weil das Gesetz ausdrücklich der »Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität« dienen soll. So sieht eine 1994 verabschiedete Regelung eine Amnestie für Guerillas vor, die sich von den Roten Khmer lossagen. 1996 hatte Hun Sen Sonderabsprachen mit dem Außenminister des Pol-Pot-Regimes, Ieng Sary, getroffen, dessen Gefolgsleute weiterhin Gebiete an der thailändischen Grenze kontrollieren.

## Laos

*Einwohner:* 5,4 Millionen

*Ethnische Zusammensetzung:* Lao Loum (Tiefland-Lao) 68%, Lao Theung (Hochland-Lao) 22%, Lao Soung (Minderheiten wie Hmong und Yao) 9%, Chinesen und Vietnamesen 1%

*BSP 1999:* 1,4 Mrd. US-Dollar (WR 160), Wachstum 1998–1999: +4%

*BSP pro Kopf 1999:* 280 US-Dollar (WR 184), Wachstum 1998–1999: +1,5%

*Verteidigungsbudget 1999 (geschätzt):* 70 Mio. US-Dollar

*Truppenstärke:* 29 100 (Heer 25 000, Marine 600, Luftwaffe 3500)

*Staatsoberhaupt:* Khamtay Siphandone (seit 1998)

*Regierungschef:* Bounyang Vorachit (seit 2001)

Die laotische Wirtschaft ist aufgrund ihrer Abhängigkeit vom thailändischen Nachbarn weiterhin von den Auswirkungen der Ostasienkrise betroffen. Zwar konnte 2000 ein Wirtschaftswachstum von 6% realisiert werden (1999: 4%);<sup>79</sup> die Inflationsrate verringerte sich von 167% im März 1999 auf 6,6% im August 2000, doch Laos bleibt eines der wirtschaftlich instabilsten Länder der Region. Der Kip erreichte im September 1999 einen absoluten Tiefststand von 9400/1 US-Dollar (Juni 2000: 7600/1). Es gibt keine nennenswerten ausländischen Direktinvestitionen, ein Zustand, der sich angesichts grassierender Korruption und von Rechtsunsicherheit in absehbarer Zeit nicht ändern dürfte. Laos rangiert auf dem Human Development Index der Vereinten Nationen unter den Schlußlichtern.

Die Alleinherrschaft der Lao People's Revolutionary Party (LPRP) steht derzeit ebensowenig zur Disposition wie der Versuch einer wirtschaftlichen Öffnung ohne

<sup>78</sup> Im März 2001 verfügte die Regierung in Phnom Penh die Demobilisierung von 15 000 Soldaten binnen drei Monaten. Bis Ende 2001 sollen 30 000 Soldaten demobilisiert werden; vgl. Stratfor.com, Global Intelligence Update, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief (online), 13.3.2001. Das Verteidigungsbudget verschlingt derzeit fast die Hälfte des Staatshaushalts.

<sup>79</sup> Wachstum findet fast ausschließlich in der Hauptstadt Vientiane sowie in einigen Provinzen an der thailändischen Grenze statt.

politische Öffnung; allerdings spielt das Militär bei der Ausformulierung der Politik eine prominenter Rolle als etwa in den Nachbarstaaten China und Vietnam. Das Öffnungstempo hat sich infolge der regionalen Krise verlangsamt.<sup>80</sup> Acht von elf Mitgliedern des im März 2001 neugewählten Politbüros sind Offiziere, darunter Präsident Khamtay Siphandone und Premierminister Sisavat Keobounphan.

Die dominierende Rolle der Streitkräfte konnte allerdings nicht verhindern, daß Laos seit März 2000 von einer Serie von Bombenanschlägen erschüttert wurde, über deren Urheber und Motive weiterhin Unklarheit herrscht. Während die Regierung in Vientiane nicht ganz zu Unrecht antikommunistische und royalistische Elemente verantwortlich machte, die von Thailand aus operieren, brach auch der Aufstand der Hmong im nördlichen Bergland wieder aus.<sup>81</sup> Ausländische Beobachter haben einen Zusammenhang mit der Rivalität zwischen provietnamesischen und prochinesischen Fraktionen innerhalb der LPRP hergestellt.<sup>82</sup> Im März 2001 wurde Premierminister Sisavat Keobounphan durch den prochinesischen Finanzminister Bounyang Vorachit ersetzt.

In deutlichem Kontrast zum benachbarten Vietnam (s. unten) verfügte der Parteitag der LPRP im März trotz anderslautender Wünsche der internationalen Geber eine Stärkung »des Staatssektors, des kooperativen Sektors und anderer Sektoren«. <sup>83</sup> Die Weltbank hat bereits deutlich gemacht, daß die Gewährung von Hilfen von einer Reform der politischen und wirtschaftlichen Systeme abhängt.<sup>84</sup>

## Vietnam

*Einwohner:* 80,4 Millionen  
*Ethnische Zusammensetzung:* keine Angaben  
*BSP 1999:* 28,2 Mrd. US-Dollar (WR 60), Wachstum 1998–1999: +4,2%  
*BSP pro Kopf 1999:* 370 US-Dollar (WR 167), Wachstum 1998–1999: +2,9%  
*Verteidigungsbudget 1999 (geschätzt):* 891 Mio. Dollar

**80** Die Regierung macht die Einbindung des Landes in die globale Wirtschaft für die ökonomische Misere verantwortlich und propagiert traditionelle Werte. Angestrebt wird eine stärkere Anlehnung an Vietnam und China auf Kosten Thailands. Laos bleibt langfristig auf westliche Hilfen angewiesen.

**81** Die Hmong kämpfen seit 1975 gegen das Regime.

**82** Vgl. FEER, 27.7.2000, S. 26–27.

**83** Ebd., 12.4.2001, S. 8.

**84** Ebd.

*Truppenstärke (geschätzt):* 484 000 (Heer 412 000, Marine 42 000, Luftwaffe 15 000)  
*Staatsoberhaupt:* Tran Duc Luong (seit 1997)  
*Regierungschef:* Phan Van Kai (seit 1997)

Fünfzehn Jahre nach Beginn der Wirtschaftsreform steht Vietnam 2001 erneut an einem Scheideweg. Auf dem 9. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) wurde Ende April nach chinesischem Vorbild ein Mittelweg zwischen Markt und Plan festgelegt. Konservative unter Führung des abgesetzten Parteichefs Le Kha Phieu hatten zuvor versucht, die als negativ empfundenen Nebenwirkungen des wirtschaftlichen Öffnungskurses zu minimieren.<sup>85</sup>

Verantwortlich für diese Abwehrhaltung waren die Auswirkungen der Ostasienkrise, vor denen sich Vietnam zwar angesichts einer nichtkonvertiblen Währung relativ sicher gewähnt hatte, die das Land aber über den Abfluß ostasiatischen Kapitals und einen neuen regionalen Preiswettbewerb doch erfaßten. Das Wirtschaftswachstum ging zwischen 1997 und 1999 von 8,9% auf 4,8% zurück und erreichte 2000 6,7%. Angesichts von Korruption, mangelnder Rechtssicherheit und Bürokratie blieben ausländische Direktinvestitionen zunehmend aus.

Die 5300 überschuldeten Staatsbetriebe sollen bis 2005 durch Teilprivatisierung oder Schließung auf ca. 2000 reduziert werden. Damit werden etwa 400 000 zusätzliche Arbeitslose auf einen ohnehin überlasteten Arbeitsmarkt drängen.<sup>86</sup> Die resultierenden sozialen Spannungen ergänzen verbreitete ländliche Unzufriedenheit über Beamtenwillkür, ungerechte Steuern und Nutzungsrechte an Bau- und Ackerland.

Andererseits wurde Vietnam Ende der 90er Jahre zum zweitgrößten Reis- und Kaffeexporteur der Welt. Der Anteil der Haushalte unter der Armutsgrenze ist in den letzten zehn Jahren von 58% auf 37% zurückgegangen.<sup>87</sup> Dennoch bleibt das Gefälle zwischen Stadt und Land erheblich, und die Einkommensschere öffnet sich weiter.

Die konservativen Militärs und Zivilisten in der KPV wollten das Tempo der wirtschaftlichen Öffnung im

**85** Ebd., 18.1.2001, S. 28/29. Andererseits waren mit Unterzeichnung eines Handelsabkommens mit den USA im Juli 2000 und dem Besuch Präsident Clintons im November jedenfalls theoretische Grundlagen für eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen gelegt worden.

**86** Die offizielle Arbeitslosenquote lag 1999 bei 7,4%; allerdings wurden nur Städte berücksichtigt. Unter Einschluß des Landes dürfte die Arbeitslosigkeit bei ca. 20% liegen.

**87** Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.4.2000, S. 16. Die offizielle Statistik verzeichnet sogar einen Rückgang auf 11%.



Interesse des Machterhalts weiter verlangsamen. Um von der eigenen Korruption und dem eigenen Mißmanagement abzulenken, hat die Staats- und Parteiführung 1998 auf dem Höhepunkt der regionalen Krise eine Kampagne gegen Kritik aus der Gesellschaft und aus den eigenen Reihen lanciert. Als Urheber der Kritik wurden die 1,2 Millionen in den USA ansässigen Auslandsvietnamesen verdächtigt.<sup>88</sup> Anfang 2001 kam es erneut zu Unruhen unter den Minderheiten in der zentralvietnamesischen Bergregion.

Es war eine kleine Sensation, als der 9. Parteitag im April 2001 den gemäßigten Reformer Nong Duc Manh, einen Vertreter der Tay-Minderheit und vermutlichen Sohn Ho Chi Minhs, an die Spitze der KPV wählte. Aufgrund dieser Entwicklung blieb Premierminister Phan Van Kai vorerst im Amt. Kai gehört seinerseits zum Reformlager und hatte sich kritisch über Manhs Vorgänger Phieu geäußert.

Der im Vorfeld an die Presse gelangte politische Bericht an den Parteitag bekannte sich zur Schaffung einer »Politik und eines rechtlichen Umfelds, das der Entwicklung der kapitalistischen Privatwirtschaft förderlich« ist. Zugleich soll der Staatsbesitz in Schlüsselsektoren der Wirtschaft beibehalten werden.<sup>89</sup>

<sup>88</sup> Vgl. Asia 2000 Yearbook, Hongkong 2000, S. 213.

<sup>89</sup> Vgl. International Herald Tribune, 18.4.2001 (online).

## Kräftegleichgewicht

Die weitgehende Neutralisierung Indonesiens als regionaler Akteur und die damit einhergehende Schwächung der ASEAN haben sowohl in Südostasien als auch im weiteren asiatisch-pazifischen Raum zu einer Verschiebung im Kräftegleichgewicht geführt. Hauptsächliches Kennzeichen dieser Dynamik waren unterschiedlich erfolgreiche Bemühungen Washingtons, Tokyos und Pekings, ihren jeweiligen Einfluß gegebenenfalls auch auf Kosten bestehender kooperativer Strukturen auszubauen.

### Rüstungswettbewerb und neue Geographie

Nach drei Jahren krisenbedingter Zurückhaltung nimmt Südostasien im Rüstungswettbewerb einen neuen Anlauf, wenn auch im Vergleich mit dem Importboom der frühen 90er Jahre auf einem niedrigeren technologischen Niveau. So kaufte Thailand 2000 18 gebrauchte Kampfflugzeuge der Bauserie F-16 in den USA. Jakarta möchte nach Abbruch der amerikanischen Rüstungslieferungen gebrauchte Jagdbomber in Rußland erwerben. Malaysia hat sich in Schweden für ein dieselgetriebenes U-Boot interessiert. Rußland will Vietnam moderne Waffensysteme liefern. Indien möchte Hanoi beim Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie helfen, die die Produktion von Raketen einschließen könnte.<sup>90</sup>

Singapur hat als einziger ASEAN-Staat seine Verteidigungsausgaben während der Krise sogar angehoben und laufende Rüstungsbeschaffungsprogramme fortgeschrieben. 1997/98 erwarb der Stadtstaat vier gebrauchte U-Boote und zwölf neue F-16 und förderte damit seinerseits die thailändischen und indonesischen Modernisierungsbestrebungen. Verantwortlich für das neue Wettrüsten ist wie schon seinerzeit weniger ein klares Bedrohungsbild als die diffuse Wahrnehmung einer von Nordostasien übergreifenden Krise. Bindeglied zwischen den nordost- und südostasiatischen Sicherheitskomplexen ist das Südchinesische Meer, in dem China seine Fähigkeit zur Machtprojektion durch den Aufbau einer Kapazität für integrierte Kriegführung demonstriert. Gleichzeitig bleibt

die sicherheitspolitische und militärische Zusammenarbeit der ASEAN-Staaten untereinander angesichts verbreiteten gegenseitigen Mißtrauens bilateral, nur in Ausnahmefällen kommt es zu einer Überlappung bilateraler Netzwerke.<sup>91</sup>

Die instabile Lage in der Region hat ihrerseits Auswirkungen auf weiter entfernte Akteure. So will Australien seine Verteidigungsausgaben in den nächsten zehn Jahren von heute 7,3 Milliarden auf ca. 20 Milliarden US-Dollar anheben.<sup>92</sup>

Seit 1997/98 hat sich auch die politische Geographie Südostasiens verändert. Es gibt nicht nur neue Akteure wie Osttimor; die ASEAN hat mit Indonesien ihr traditionelles Gravitationszentrum verloren, und die regionale Großmächtekonkurrenz der 70er und 80er Jahre erlebt ein Comeback.

Mit Wegfall Indonesiens als »interner Förderator« der ASEAN ist es zu einer Verschiebung im regionalen Kräftegleichgewicht gekommen, die latente Spannungen unter Nachbarn im Einzelfall zum (rhetorischen) Ausbruch brachte, allerdings angesichts der ökonomischen und politischen Probleme der potentiellen neuen Führungsmächte Thailand und Malaysia bisher keine neue Konstellation produziert hat. So kam es im November 2000 zu einer Kontroverse zwischen Singapurs »elder statesman« Lee Kuan Yew und Abdurrahman Wahid. Lee wandte sich nicht nur gegen Wahids Vorschlag, Osttimor und Papua-Neuguinea in die ASEAN aufzunehmen. Er soll dem Präsidenten sogar indirekt den Rücktritt nahegelegt haben. Wahid beschuldigte Singapur daraufhin, auf seine malaiischen Nachbarn herabzuschauen. Er drohte dem Stadtstaat mit einem Abbruch der indonesischen und malaysischen Wasser- und Stromlieferungen und dachte laut über einen Austritt aus der Gemeinschaft nach.<sup>93</sup> Bereits 1998 hatte Lee einen Streit mit Wahids Vorgänger Baharuddin Jusuf Habibie provoziert.

<sup>90</sup> Vgl. FEER, 5.10.2000, S. 29.

<sup>91</sup> Im November 2000 trafen sich erstmals die Heereskommandeure aus neun ASEAN-Staaten zu einem »informellen Treffen« in Thailand.

<sup>92</sup> Vgl. FEER, 21.12.2000, S. 12.

<sup>93</sup> Ebd., 7.12.2000, S. 15 und 21.12.2000, S. 34–36.

## Der Zustand von Pax Americana

Die anhaltende Schwächung Südostasiens als einheitlicher Akteur hat in Kombination mit neuen sicherheitspolitischen Risiken in Nordostasien (Taiwan, Korea) zu einem weiteren Nachlassen des strategischen Interesses der USA geführt, das seinen Ausdruck zum einen in einer Neuauflage der 1994 ausgesetzten »enlargement«-Politik der Clinton-Administration fand, zum anderen in dem Versuch, die eigene sicherheitspolitische Rolle etwa durch Ausweitung von Manövern zu multilateralisieren. Die Beziehungen zu Malaysia waren gestört, seit Vizepräsident Al Gore dort 1998 die Partei der Reformer ergriffen hatte. In Indonesien hatten die USA im Mai 1998 zum Sturz Suhartos beigetragen. Im Oktober 2000 provozierte unverhüllte Kritik des amerikanischen Botschafters in Jakarta, Robert Gelbard, Forderungen von indonesischen Parlamentariern, ihn des Landes zu verweisen. Gelbard hatte insbesondere auf Menschenrechtsverletzungen durch das indonesische Militär und anhaltende Korruption aufmerksam gemacht. Im November mußte die Botschaft unter Verweis auf akute Sicherheitsprobleme für mehrere Wochen schließen.

Von der neuen amerikanischen Administration ist in bezug auf Südostasien kein dramatischer Kurswechsel zu erwarten, sieht man einmal von engeren Konsultationen mit Japan und Australien und einem vermutlich rückläufigen Interesse an Menschenrechtsfragen ab.<sup>94</sup> Abgesehen von Schifffahrtswegen und Märkten hat die strategische Bedeutung der Region für Washington weiter abgenommen.<sup>95</sup>

Für die amerikanische Militärpräsenz in Südostasien gilt seit Schließung der philippinischen Stützpunkte 1992 eine »places, not bases«-Doktrin, die mit verbesserter Logistik und verbesserten Aufklärungs- und Transportkapazitäten die zügige Heranführung amerikanischer Truppen aus Westasien, Nordostasien oder den USA selbst gewährleisten soll.<sup>96</sup> Dieser

<sup>94</sup> Andererseits betonte Außenminister Colin Powell beim ersten Treffen mit seinem indonesischen Kollegen Alwi Shihab im März 2001 die Bedeutung, die Washington den Menschenrechten und der friedlichen Konfliktlösung beimesse; vgl. *The Age* (Melbourne), zitiert in: *Asia-Pacific Media Brief* (online), 13.3.2001. Powell lehnte eine Wiederaufnahme der US-Rüstungslieferungen an Indonesien ab; *Stratfor.com*, *Global Intelligence Update*, zitiert ebd., 14.3.2001.

<sup>95</sup> Vgl. Daniel Bob, *The 107th Congress: Asia-Pacific Policy Outlook*, Washington: National Bureau of Asian Research, online, Februar 2001.

<sup>96</sup> Vgl. Les *Aspin/Colin Powell*, *Defence Department Briefing on the Bottom-up Review*, Washington: DoD, 1.9.1993.

Ansatz hatte 1994 einen Rückschlag erlebt, als Thailand, die Philippinen, Malaysia und Indonesien es nacheinander aus Rücksicht auf China ablehnten, in ihren Hoheitsgewässern schwimmende amerikanische Nachschubdepots zu stationieren. Unter anderem als Reaktion auf diese Verweigerung baute Washington zwischen 1993 und 1998 seine militärische Zusammenarbeit mit Singapur, Canberra und Manila aus. Gleichzeitig verschob sich das strategische Interesse der USA aufgrund von Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel und in der Taiwan-Straße weiter nach Nordostasien, und in der Osttimor-Krise vom September 1999 war eine amerikanische Rolle kaum noch wahrnehmbar.<sup>97</sup>

Ende 2000 schlug der Oberkommandierende der amerikanischen Streitkräfte im Pazifik vor, künftig das regionale Schwergewicht der Zusammenarbeit von konventionellen bilateralen Allianzen auf multilaterale Arrangements zur Förderung »gemeinsamer Interessen an einer friedlichen Entwicklung« und auf die gemeinsame Bekämpfung nichtmilitärischer Risiken zu verlagern.<sup>98</sup> Verteidigungsminister William Cohen lancierte eine entsprechende »Asia-Pacific Regional Initiative«, die grundsätzlich allen Regionalstaaten, darunter auch China, offenstehen soll.<sup>99</sup>

Washingtons Hauptinteresse gilt einer militärischen Zusammenarbeit seiner Alliierten, die bisher nicht in der Lage waren, aus eigener Kraft vergleichbare Initiativen zu lancieren. Das bedeutet sowohl Burden-sharing als auch Sicherstellung einer zentralen Rolle der USA. Ab 2001 sollen jährlich drei bilaterale Manöver der USA (»Tandem Trust« mit Australien im Mai, »Cobra Gold« mit Thailand im Mai und Juli sowie »Baliktan« mit den Philippinen im August) unter der Bezeichnung »Team Challenge« zusammengefaßt und auf humanitäre Einsätze und Katastro-

<sup>97</sup> Die australische Intervention in Osttimor wurde vielfach als »Stellvertretung« der USA wahrgenommen. Der designierte Außenminister der Bush-Administration, Colin Powell, verstärkte diesen Eindruck während seiner Anhörung vor dem Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten im Januar 2001, indem er von einer führenden Rolle Canberras bei der Bekämpfung der politischen Instabilität in Indonesien sprach; vgl. *The Sydney Morning Herald*, zitiert in: *Asia-Pacific Media Brief* (online), 18.1.2001. Australien hat sich für den Ausbau seiner Krisen-Reaktionskräfte entschieden; vgl. *Defence White Paper*, zitiert in: *Stratfor.com*, *Global Intelligence Update* (online), 27.12.2000.

<sup>98</sup> Vgl. Dennis C. Blair/John T. Hanley Jr., *From Wheels to Webs: Reconstructing Asia-Pacific Security Arrangements*, in: *The Washington Quarterly*, 24 (Winter 2001) 1, S. 7-17.

<sup>99</sup> Vgl. Südostasien aktuell, 19 (November 2000) 11, S. 480.

phenschutz erweitert werden.<sup>100</sup> An »Cobra Gold« war 2000 erstmals auch Singapur beteiligt. Japan, China und Vietnam wollen möglicherweise Beobachter entsenden.<sup>101</sup> Angesichts der instabilen Lage in Indonesien und auf den Philippinen hat mittlerweile auch Malaysia Interesse an einer Intensivierung seiner militärischen Zusammenarbeit mit den USA signalisiert.<sup>102</sup> Außerdem möchte Kuala Lumpur nach fünfjähriger Pause seine gemeinsamen Marinemanöver mit Thailand wieder aufnehmen und führt im Rahmen der sogenannten Five Powers Defence Agreements (FPDA) Marine- und Luftwaffenübungen mit Singapur, Australien, Neuseeland und Großbritannien durch.<sup>103</sup>

### Rußland, Japan, Indien, China

Moskaus südostasiatische Militärpräsenz beschränkt sich seit dem Untergang der Sowjetunion auf eine elektronische Abhörstation im vietnamesischen Cam Ranh, wo gelegentlich Schiffe der Pazifikflotte vor Anker gehen. Der Pachtvertrag für Cam Ranh läuft 2004 aus, und sowohl China als auch die USA haben Interesse an einer Nutzung des dortigen Tiefwasserhafens signalisiert. Hanoi befürwortet die amerikanische Militärpräsenz in der Region grundsätzlich, ist aber darauf bedacht, Peking nicht durch diesbezügliche eigene Schritte zu provozieren. Im Februar 2001 besuchte Präsident Putin Vietnam und vereinbarte eine »strategische Partnerschaft«.<sup>104</sup>

Japan versuchte 1998, die ostasiatische Krise für eine Schärfung des eigenen regionalen Profils zu nutzen, und schlug mit malaysischer Unterstützung die Gründung eines Asiatischen Währungsfonds vor (Asian Monetary Fund, AMF), der notleidenden Volkswirtschaften unter vermutlich weniger strengen Auflagen Hilfe angeboten hätte, als dies beim IWF der Fall war. Die Initiative stieß auf die Ablehnung der USA und anderer westlicher Staaten, und Tokyo verlegte

<sup>100</sup> Vgl. FEER, 21.12.2000, S. 10.

<sup>101</sup> Vgl. Südostasien aktuell, 20 (Januar 2001) 1, S. 8/9 und Kyodo News, zitiert in: Asia-Pacific Naval Brief (online), 9.2.2001. China und Vietnam haben ihre Teilnahme mittlerweile wieder in Frage gestellt; vgl. The Nation (Bangkok), zitiert ebd., 6.4.2001.

<sup>102</sup> Vgl. The Straits Times (Singapur), zitiert in: Asia-Pacific Media Brief (online), 11.1.2001.

<sup>103</sup> Kuala Lumpur hatte seine Mitwirkung an den FPDA 1998 angesichts von Verstimmungen mit Singapur ausgesetzt.

<sup>104</sup> Vgl. Russia Today (USA), zitiert in: Asia-Pacific Media Brief (online), 28.2.2001.

sich nunmehr darauf, die Erfolgsaussichten weniger anspruchsvoller Varianten zu sondieren (s. unten). Gleichzeitig signalisierte Japan Bereitschaft, auch militärisch eine wichtigere Rolle in Südostasien zu spielen. Tokyo hat damit begonnen, vietnamesische Offiziere auszubilden, und möchte zusammen mit der vietnamesischen Marine im Südchinesischen Meer Such- und Rettungsaktionen durchführen. Der Abschluß eines Anti-Piraterie-Paktes mit der ASEAN soll es Japan ermöglichen, an Patrouillenfahrten in der Malakka-Straße teilzunehmen.<sup>105</sup>

Seit China in Birma Marinestützpunkte baut und in birmanischen Gewässern Abhörstationen installierte, schenkt auch Indien Südostasien zunehmend strategische Aufmerksamkeit. Die rüstungswirtschaftlichen Beziehungen zu einzelnen ASEAN-Staaten wurden intensiviert; Ende 2000 fand erstmals ein indisch-vietnamesisches Manöver zur Bekämpfung der Piraterie im Südchinesischen Meer statt. Delhi bemüht sich seit 1993 seinerseits um Kontakte zur birmanischen Junta.

Die Volksrepublik China versucht seit 1998, aus der krisenbedingten Schwächung der Regionalstaaten Nutzen zu schlagen. 1998 baute sie ihre bunkerartigen Strukturen auf der Spratly-Insel Mischief Reef weiter aus, obwohl sie zuvor mit den Philippinen vereinbart hatte, dort den Status quo einzufrieren. Von 1999 bis Anfang 2001 kam es im Scarborough Shoal vor der Westküste von Luzon zu Zusammenstößen zwischen der philippinischen Marine und chinesischen Fischereifloten. Manila vermutet, daß China auch hier militärische Infrastruktur installiert.<sup>106</sup> Zumindest vom Standpunkt der Philippinen aus soll das 1998 abgeschlossene Visiting Forces Agreement mit den USA Peking gegenüber abschreckende Wirkung entfalten. Verhandlungen zwischen der ASEAN und China über einen Verhaltenskodex für das Südchinesische Meer blieben ergebnislos.

China hat seine Rolle auf dem südostasiatischen Festland seit der Herausforderung durch Vietnam in den 70er und 80er Jahren konsolidiert und ausgebaut. So haben sich die chinesisch-vietnamesischen Beziehungen seit dem Untergang der UdSSR und der Unterzeichnung der Pariser Kambodscha-Verträge 1991 von ihrem früheren Tief erholt,<sup>107</sup> und die Ostasienkrise hat auch die seinerzeit angelaufene ideologische Wiederannäherung gefördert. 1999 erfolgte eine Ver-

<sup>105</sup> Vgl. The Straits Times (Singapur), zitiert ebd., 4.1.2001.

<sup>106</sup> Vgl. The Philippine Inquirer, zitiert ebd., 26.2.2001.

<sup>107</sup> Das Volumen des chinesisch-vietnamesischen Handels belief sich 2000 auf ca. 2 Mrd. US-Dollar (1991: 30 Mio.).

ständigung über die Landgrenze, im Dezember 2000 unterzeichnete der vietnamesische Staatspräsident in Peking ein Abkommen über den Grenzverlauf im Golf von Tonking und betroffene Fischereirechte. Ungelöst bleibt als weitaus größtes Problem die Zuordnung von Inseln und Atollen im Südchinesischen Meer.

Im November 2000 besuchte der chinesische Staats- und Parteichef Jiang Zemin Kambodscha und besiegelte damit eine mehrjährige Phase der Wiederannäherung. 1994 hatten Peking und Phnom Penh ein Abkommen über ihre wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit unterzeichnet, und die Volksrepublik hatte dem Königreich einen zinsfreien Kredit in Höhe von ca. sechs Millionen US-Dollar gewährt. Chinesische Staatsbetriebe tätigten Investitionen in Kambodschas Textilindustrie, Land- und Bauwirtschaft. 1996 wurden Finanz- und Ausbildungshilfen an die kambodschanische Armee gewährt und ein Handelsabkommen unterzeichnet. Anlässlich seines jüngsten Besuches sagte Jiang Zemin Hilfen im Wert von 200 Millionen US-Dollar zu, davon 2,7 Millionen für militärische Ausbildung.<sup>108</sup>

Jiangs nächste Etappe war Laos, wo es kurz zuvor zu einer Serie von Bombenanschlägen gekommen war, für die Beobachter die prochinesische Fraktion in der Staats- und Parteiführung verantwortlich machten (s. oben). Drei Monate später war der chinesische Verteidigungsminister in Vientiane und bot der laotischen Führung Zusammenarbeit bei der Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit an.<sup>109</sup> Laos bezieht seit 1993 wieder chinesische Rüstungsgüter. 1999 verhinderten chinesische Exporthilfen und zinsfreie Darlehen den weiteren Verfall des Kip.

China bleibt der wichtigste militärische Verbündete Birmas, hat am Bau von birmanischen Marinestützpunkten mitgewirkt und ist am Bau strategischer Straßen von seiner Südwestprovinz Yunnan entlang der birmanischen Grenze mit Laos und Thailand zum Indischen Ozean beteiligt, wo Peking seit Anfang der 90er Jahre, wie gesagt, in birmanischen Hoheitsgewässern elektronische Horchposten betreibt.

## Nichtmilitärische Risiken

Nichtmilitärische Risiken treten in der Regel vermehrt

<sup>108</sup> Vgl. FEER, 2.11.2000, S. 22.

<sup>109</sup> Vgl. BBC News, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief (online), 15.2.2001. Chi Haotian besuchte außer Laos auch Vietnam, Kambodscha und Thailand.

dort auf, wo staatliche Strukturen zerfallen. Thailand versucht seit 1988, über (vornehmlich wirtschaftlich) verbesserte Beziehungen zu Birma und den indochinesischen Nachbarn seine führende Rolle auf dem südostasiatischen Festland zu konsolidieren, wobei häufig führende Militärs mit wirtschaftlichen Interessen als Kontaktpersonen fungieren (Bangkok hat seine Beziehungen zur Volksrepublik China seit den 70er Jahren auf ähnliche Weise ausgebaut). Vor dem Hintergrund der regionalen Krise modifizierte die Regierung Chuan Leekpai diesen Kurs jedenfalls mit Blick auf Birma, das zunehmend Drogen und Flüchtlinge nach Thailand exportiert und dessen Streitkräfte bei der Verfolgung von Flüchtlingen und Guerillas wiederholt die gemeinsame Grenze überschritten.<sup>110</sup> Gleichzeitig macht Bangkok seit 1998 mit philippinischer Unterstützung in der ASEAN die Frage gegenseitiger Nichteinmischung zum Thema, bisher ohne einen Durchbruch zu erzielen (s. unten). Diesen Versuch einer Regionalisierung des eigenen Demokratisierungsprozesses will der neue thailändische Premierminister Thaksin Shinawatra nicht nur nicht fortsetzen; er hat auch eine Wiederannäherung an Rangoon angekündigt. Sein trotz neuer Spannungen an der Grenze<sup>111</sup> angekündigter Besuch im Nachbarland mußte Ende Februar 2001 wegen der anhaltenden Spannungen dann doch verschoben werden. Thailands neue Außenpolitik versteht sich als »Nachbarn-orientiert« und legt besonderen Wert auf die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zu Birma.<sup>112</sup>

Das heißt nicht, daß sich die von diesem Nachbarn ausgehenden Sicherheitsrisiken verringert hätten. So befürchtete Bangkok Anfang 2001 eine dramatische Zunahme der Heroin- und Metamphetamin-Importe aus Birma, nachdem mit der United Wa State Army

<sup>110</sup> Zwischen 1988 und 1998 war insgesamt eine Million birmanischer Immigranten illegal nach Thailand gelangt; hinzu kamen ab 2000 monatlich ca. tausend. Allein im ersten Halbjahr 1998 wurden mehr als vierzig Grenzübertretungen durch die birmanische Armee registriert.

<sup>111</sup> Im Februar 2001 vertrieben thailändische Soldaten unter Einsatz schwerer Artillerie einen birmanischen Stoßtrupp, der im Rahmen einer Offensive gegen Shan-Guerillas mehrere Tage lang einen Hügel im Grenzgebiet besetzt hatte. Fast hundert birmanische Soldaten kamen ums Leben; vgl. Süddeutsche Zeitung, 13.2.2001, S. 9. Gleichzeitig wurden bei einem Artillerieangriff der birmanischen Armee auf die nordwestliche Grenzstadt Mae Sai zwei Einwohner getötet. Neunzehn thailändische Soldaten wurden vorübergehend gefangen genommen. Thailand schloß daraufhin die Grenze; ebd., 15.2.2001, S. 8.

<sup>112</sup> Vgl. The Nation (Bangkok), zitiert in: Asia-Pacific Media Brief (online), 1.2.2001.

(UWSA) der wichtigste Exporteur im Vorjahr Zehntausende Opiumbauern in der Nähe der gemeinsamen Grenze angesiedelt hatte.<sup>113</sup> Wie andere Drogenhändler-Kartelle auch hat die 20 000 Mann starke UWSA ein Waffenstillstandsabkommen mit der Junta in Rangoon unterzeichnet (s. oben) und wird von dieser seither als Polizei-Sondertruppe anerkannt. Das thailändische Militär baut mit amerikanischer Unterstützung eine Spezialeinheit zur Drogenbekämpfung auf. Die neue Regierung in Bangkok will mit Birma und China bei der Bekämpfung des Drogenproblems zusammenarbeiten, denn die Südprovinzen der Volksrepublik sind ihrerseits von birmanischen Exporten betroffen.<sup>114</sup>

Die Fragmentierung Indonesiens hat Querverbindungen zwischen islamischen Extremisten, Separatisten, Waffen- und Drogenschmugglern in ganz Südostasien verstärkt. Dazu gehören Waffenimporte der GAM aus Kambodscha durch thailändisches und malaysisches Territorium und Beziehungen zwischen moslemischen Kämpfern in Malaysia, Indonesien und den Philippinen.<sup>115</sup> Die ohnehin beträchtliche Zahl der Piratenüberfälle hat sich insbesondere in indonesischen Gewässern vervielfacht.<sup>116</sup>

**113** Vgl. FEER, 7.12.2000, S. 10.

**114** Vgl. The Bangkok Post, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief (online), 16.3.2001.

**115** So sollen 1997/98 mehr als 750 Indonesier auf Stützpunkten der MILF in Mindanao eine militärische Ausbildung erhalten haben; vgl. FEER, 1.2.2001, S. 24–28.

**116** Vgl. BBC News, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief (online), 3.1.2001.

# Kooperation

## ASEAN

Galt die ASEAN während des Kalten Krieges als eines der wenigen erfolgreichen außereuropäischen Beispiele für regionale Zusammenarbeit, so geriet dieses Modell schon kurz vor der Ostasienkrise in unruhiges Fahrwasser. Die zunehmenden Probleme wurden aber noch bis 1997 von anhaltendem Wirtschaftswachstum, einer ökonomischen und sicherheitspolitischen Herausforderung durch die Volksrepublik China und einem neuen Aktivismus überdeckt, der die Gemeinschaft vorübergehend sogar noch relevanter erscheinen ließ als zuvor. Innerhalb weniger Jahre entschieden die Mitglieder, alle indochinesischen Staaten und Birma zum Beitritt aufzufordern, ihr regionales und internationales Gewicht durch Gründung eines transpazifischen Sicherheitsforums zu verstärken und eine ASEAN-Freihandelszone (ASEAN Free Trade Area, AFTA) zu gründen, um ausländische Investoren anzulocken. Erst gegen Ende der 90er Jahre wurde deutlich, daß die Erweiterung der Gemeinschaft diese durch Aufnahme problematischer Kandidaten wie Birma und Kambodscha intern wie extern eher geschwächt als gestärkt hatte, daß das sicherheitspolitische ASEAN Regional Forum (ARF) angesichts seiner Inklusivität auf der Stelle trat<sup>117</sup> und daß das AFTA-Projekt über

**117** Das 1993 gegründete ARF sollte jene Lücke schließen helfen, die sich zwischen rückläufigen amerikanischen Sicherheitsgarantien für die Region und den mit neuer regionaler Multipolarität einhergehenden Ungewissheiten aufgetan hatte. Um diesen Zweck zu erfüllen, mußte das Forum inklusiv sein, also potentielle Gegner des Status quo wie China einbeziehen. Zu diesem Zweck war es wiederum erforderlich, den gradualistisch-konsensualen Ansatz der ASEAN auf die größere Gruppierung zu übertragen und etwa eine Beteiligung Taiwans auszuschließen. 1995 einigten sich die Mitglieder des ARF auf einen Dreistufenplan ausgehend von Vertrauensbildung über Präventivdiplomatie zu »Annäherung an Konfliktlösungsstrategien«. Das Forum hatte einen relativ vielversprechenden Start. Man vereinbarte eine Reihe vertrauensbildender Maßnahmen auf freiwilliger Basis und brachte Peking gelegentlich dazu, seine Territorialforderungen im Südchinesischen Meer zu erörtern. Auf dem Höhepunkt der regionalen Krise erwies sich das ARF 1998 allerdings als unfähig, zur Präventivdiplomatie überzugehen bzw. sich auch nur auf eine gemeinsame Definition von Präventivdiplomatie zu verständigen. Das kam für Skeptiker nicht

protektionistische Sonderwünsche individueller ASEAN-Staaten weiter verschleppt wurde. Gleichzeitig verhinderten überlappende Territorialforderungen unter einzelnen Nachbarn ein effektives gemeinsames Auftreten gegenüber Dritten.

Im September 1997 kam es durch Brandrodung in Indonesien, Singapur, Malaysia, Brunei sowie Teilen Thailands und der Philippinen zu einer mittleren Umweltkatastrophe. Eine Bekämpfung der Ursachen hätte die Isolierung des Suharto-Regimes vorausgesetzt, das für die Vetternwirtschaft zwischen Plantagenbesitzern und Politik verantwortlich zeichnete, ein Vorgehen, das den ASEAN-Prinzipien Nichteinmischung, Konsens- und Gesichtswahrung widersprochen hätte.

Im Dezember 1997 beschloß die Gemeinschaft, bei der Asiatischen Entwicklungsbank (Asian Development Bank, ADB) in Manila einen eigenen finanziellen Kontrollmechanismus einzurichten, um Krisen vorzubeugen. Bis zur Umsetzung verging fast ein Jahr, weil sich einzelne Mitglieder dagegen wehrten, potentiell sensitive Wirtschaftsdaten zu übermitteln. Schließlich einigte man sich, solche Daten nur auf freiwilliger Basis weiterzuleiten.

Der informelle ASEAN-Gipfel von Kuala Lumpur erbrachte 1998 eine Gemeinsame Erklärung zur finanziellen Lage der Mitgliedstaaten und die Verabschiedung der sogenannten »Vision 2020«, derzufolge das dann 50 Jahre alte Konzept einer Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität (Zone of Peace, Freedom, and Neutrality, ZOPFAN) realisiert werden soll, das Mechanismen für die friedliche Lösung von Territorialkonflikten einschließt.<sup>118</sup> Dasselbe Dokument stellte Zusammenarbeit bei der wirtschaftlichen Integration, der Liberalisierung des Finanzsektors, Umwelt- und Lebensmittelsicherheit sowie die Schaffung einer »sozial geeinten und fürsorglichen ASEAN« (sic) in Aussicht. Zu diesem Zweck sollen regionale Institu-

überraschend, impliziert Präventivdiplomatie doch jene gegenseitige Einmischung in innere Angelegenheiten, die die geistigen Väter des ARF von vornherein ausgeschlossen hatten. Gleichzeitig wurde der Anspruch, auch Nordostasien thematisch abzudecken, zu keiner Zeit auch nur annähernd eingelöst.

**118** Vgl. ASEAN into the Next Millenium, Jakarta (ASEAN-Sekretariat) 1999, S. 2.

tionen aufgebaut bzw. gestärkt und gemeinsame Regeln entwickelt werden, »um mit Problemen umzugehen, die nur auf regionaler Ebene angegangen werden können, darunter Umweltverschmutzung und –zerstörung, Drogenhandel, der Handel mit Frauen und Kindern und andere transnationale Verbrechen«. Abschließend wurde angekündigt, daß »unsere Nationen mit Zustimmung und größerer Mitwirkung der Menschen, insbesondere was Wohlfahrt und Würde der menschlichen Person und Nutzen für die Gemeinschaft angeht, regiert werden sollen«.<sup>119</sup>

Diese etwas umständliche Formel war der halbherzige Versuch, jenes Menschenrechtsproblem anzusprechen, das die Zusammenarbeit zwischen der ASEAN und dem Westen seit den 80er Jahren belastete. Nach dem Ende des Kalten Krieges und angesichts der neuen Birma-Problematik entschieden sich einige Mitglieder, auf diesem voranzugehen. So schlug der thailändische Außenminister im Juli 1998 mit Unterstützung seines philippinischen Kollegen vor, das traditionelle Prinzip der gegenseitigen Nichteinmischung durch ein neues Konzept des »flexiblen Engagements« zu ersetzen, mit dem festgestellt werden sollte, ob »das Ansehen und die Stimme der ASEAN durch die Regierungsstrukturen von Mitgliedstaaten, mangelnde Transparenz und die Haltung der Mitglieder zu Demokratie und Menschenrechten beeinträchtigt« würden.<sup>120</sup> Die Berater des thailändischen Außenministers zitierten später finanzielle Transparenz, illegale Immigration und Kinderprostitution als Beispiele,<sup>121</sup> aber Surin Pitsuwan selbst dachte fraglos an Birma, das zwischen 1988 und 1998 eine Million illegale Immigranten nach Thailand exportiert und dessen Streitkräfte die thailändische Grenze wiederholt verletzt hatten (s. oben).

Der Vorschlag wurde von allen übrigen Mitgliedern abgeblockt. Ersatzweise vereinbarten sie, den ASEAN-Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit (Treaty of Amity and Cooperation, TAC) von 1976 für Dritte zu öffnen und die Schaffung der AFTA und einer ASEAN-Investitionszone (ASEAN Investment Area, AIA) zu beschleunigen. Wenig später wurden auf dem Gipfel von Hanoi im Dezember 1998 ein weiterer thailändischer Vorschlag zur Schaffung eines gemeinsamen Sozialfonds und eine philippinische Initiative

zur erstmaligen Einberufung des (im TAC vorgesehenen) Hohen Rates für die Lösung von Territorialproblemen abgelehnt. Der sogenannte Aktionsplan von Hanoi zog die Initialphase der AFTA von 2003 auf 2002 vor und stellte Anreize für ausländische Investoren in Aussicht,<sup>122</sup> aber die AIA machte weder institutionelle Fortschritte, noch verständigte man sich auf gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung der akuten Krise.

Im September 1999 scheiterten Bemühungen zur Schaffung einer ASEAN-Einsatztruppe für Osttimor an einer thailändisch-malaysischen Kontroverse über das Oberkommando.

Im November 1999 einigten sich die sechs Gründungsmitglieder der ASEAN,<sup>123</sup> untereinander alle Importzölle bis 2010 (anstatt 2015) abzuschaffen, aber Malaysia verlangte eine Ausnahmeregelung für seine »nationale« Autoindustrie. Die ministerielle Troika, die 1997 erfolglos versucht hatte, zwischen den verfeindeten Regierungsparteien in Phnom Penh zu vermitteln, wurde formalisiert, erhielt aber nicht das Recht, unabhängig von den Regierungen zu agieren.

Die Beziehungen zwischen der ASEAN und der EU bleiben seit der Aufnahme Rangoons gestört, auch wenn die Europäer sich mittlerweile dahingehend verständigt haben, das Verhältnis nicht der Dauerkontroverse über das birmanische Menschenrechtsproblem zu opfern. Als es im Dezember 2000 erstmals seit 1997 wieder zu einem Treffen zwischen beiden Gemeinschaften kam, entsandten die meisten EU-Staaten nur ihre Beamten nach Vientiane, und weder der Kommissar für Auswärtige Beziehungen noch der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nahmen teil.<sup>124</sup> In ihrem gemeinsamen Kommuniqué bekannten sich beide Seiten wenig verbindlich zu den Vermittlungsversuchen der Vereinten Nationen in Birma.<sup>125</sup>

## ASEAN+3

Die wichtigste Reaktion der ASEAN auf die eigenen Probleme bestand in einem neuen Fluchtversuch in die weitere Region, diesmal allerdings unter Ausschluß der Nordamerikaner, Australier und Neuseeländer, mit denen man seit 1994 im ARF und seit 1989

<sup>119</sup> Ebd., S. 7.

<sup>120</sup> Vgl. Jürgen Haacke, *The Concept of Flexible Engagement and the Practice of Enhanced Interaction: Intramural Challenges to the ASEAN Way*, in: *The Pacific Review*, 12 (1999) 4, S. 581–611 (584).

<sup>121</sup> Vgl. FEER, 23.7.98, S. 20.

<sup>122</sup> Vgl. ASEAN into the Next Millennium, S. 12ff.

<sup>123</sup> Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, Philippinen, Brunei.

<sup>124</sup> Die Nichtteilnahme wurde mit dem zeitgleichen EU-Gipfel in Nizza begründet.

<sup>125</sup> Vgl. FEER, 21.12.2000, S. 12.



in der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftskooperation (Asia-Pacific Economic Cooperation, APEC) zusammenarbeitete. Auch die APEC lieferte keine Antworten auf die regionale Krise und geriet bei ihren Bemühungen um eine transpazifische Handelsliberalisierung in eine Sackgasse.

Bereits 1991 hatte der malaysische Premierminister Mahathir Mohamad vorgeschlagen, als Alternative zur APEC eine Ostasiatische Wirtschaftsgruppierung (East Asian Economic Grouping, EAEG) unter Ausschluß der Nichtasiaten auf der anderen Seite des Pazifik zu gründen. Diese potentiell geschlossene Variante von Regionalismus stieß in Freihandelsstaaten wie Singapur auf wenig Gegenliebe, das Konzept wurde in der Folgezeit als Ostasiatischer Wirtschaftskaukus (East Asian Economic Caucus, EAEC) zu einem Konsultationsmechanismus der ostasiatischen APEC-Mitglieder heruntergestuft. Der ursprüngliche Gedanke überlebte jedoch und fand seinen Ausdruck etwa in der Mekong-Zusammenarbeit mit China oder dem ostasiatischen Element<sup>126</sup> bei den 1996 lancierten sogenannten Asia-Europe Meetings (ASEM).

1998 scheiterte Japan mit seinem AMF-Vorschlag (s. oben) und Singapur lehnte das Ansinnen seiner ASEAN-Partner ab, den Singapur-Dollar zur subregionalen Leitwährung zu machen. Trotzdem gewährte der Stadtstaat Indonesien Hilfen im Wert von 10 Milliarden US-Dollar, half China Thailand mit einer Milliarde US-Dollar aus, während Tokyo den Miyazawa-Plan lancierte, der den Krisenstaaten sowie dort tätigen japanischen Firmen mit insgesamt 30 Milliarden US-Dollar unter die Arme greifen sollte.<sup>127</sup> In gewisser Hinsicht, wenngleich nicht mehr so eindeutig an den Gedanken einer japanischen Führungsrolle und einer Yen-Zone geknüpft, blieb der AMF-Plan präsent und verband sich allmählich mit EAEC zu dem neuen Konzept »ASEAN+3«.<sup>128</sup>

**126** China, Japan, Südkorea.

**127** Der Fonds umfaßte vornehmlich Niedrigzinskredite und Kreditgarantien. Antragsberechtigt waren solche ostasiatischen Krisenländer, die in Zusammenarbeit mit internationalen Finanzinstitutionen ökonomische Strukturreformen implementiert hatten oder noch implementieren wollen. Ein Großteil der Mittel war bis 2000 abgeflossen.

**128** Mahathir Mohamad schlug 1999 vor, den EAEC mit der Schaffung des AMF zu beauftragen; vgl. Beijing Review, 14.9.1999, S. 14. Indonesiens Präsident Wahid hatte kurz nach seiner Amtsübernahme von einer neuen »asiatischen Achse« zwischen Indonesien, China und Indien gesprochen, für die Singapur und Japan Kapital und Technologie zur Verfügung stellen sollten; vgl. Asia 2000 Yearbook, Hongkong 2000, S. 131. Der chinesische Vizepräsident Hu Jintao ging im

Auf dem informellen ASEAN-Gipfel von Kuala Lumpur im Dezember 1997 geboren, war ASEAN+3 das unbeabsichtigte Ergebnis eines japanischen Vorschlags für regelmäßige Gipfeltreffen mit der Gemeinschaft, die sich auf sicherheitspolitische Konsultationen erstrecken sollten. Mit Rücksicht auf Dritte hatte die ASEAN den Rahmen einmal mehr erweitert und neben Tokyo auch Peking und Seoul einbezogen.

Der Gedanke nahm in dem Maße Gestalt an, in dem die institutionellen Defizite der ASEAN vor dem Hintergrund der Krise offenkundig wurden. Im November 1999 vereinbarten die Dreizehn in Manila, sich fortan im Anschluß an jeden ASEAN-Gipfel zu treffen, um über Finanzen, Wirtschaft und Sicherheit zu reden. Ein künftiger gemeinsamer Markt und eine Währungsunion wurden angesprochen und Japan aufgefordert, den Miyazawa-Fonds in eine permanente Institution zu überführen (und somit das AMF-Projekt wiederzubeleben).<sup>129</sup> Tokyo erklärte sich daraufhin bereit, 45 Milliarden US-Dollar für regionale Krisenvorsorge auszuweisen. Drei Monate später ließen die ASEAN-Finanzminister den Vorsorgeplan wieder fallen und entschieden sich statt dessen für die Ausweitung eines im Aufbau befindlichen ASEAN-Devisentauschmechanismus im Rahmen von ASEAN+3.

Diese Empfehlung wurde von Beamten aus den dreizehn Staaten im Mai 2000 am Rande des ADB-Jahrestreffens im thailändischen Chiangmai angenommen. Unter der später formulierten Überschrift »Chiangmai-Initiative« vereinbarten sie, untereinander ein Netzwerk aus bilateralen Abkommen über den Austausch und Rückkauf von Zentralbankreserven in Krisenzeiten zu schaffen. Möglicherweise zielte das ganze Manöver nur darauf ab, die japanische Führungsrolle zu relativieren. Im August 2000 beschlossen die Außen- und Finanzminister der ASEAN+3, einen neuen Plan für die Schaffung eines AMF vorzulegen.<sup>130</sup> Auf ihrem Gipfel in Singapur vereinbarten die Mitglieder der Gemeinschaft im November 2000, die Einrichtung einer ostasiatischen Freihandelszone unter Einbeziehung von China, Japan und Südkorea zu prüfen.<sup>131</sup>

Juli 2000 in Jakarta mit einem neuen »antihegemonialen« Sicherheitskonzept auf diesen Vorschlag ein; vgl. die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua, engl., 24.7.2000, zitiert in: SWB, FE/3902/B/7-8 vom 26.7.2000.

**129** Vgl. Joint Statement on East Asia Cooperation, Jakarta: ASEAN-Sekretariat, online, 28.11.1999.

**130** Vgl. Xinhua, 1.8.2000, zitiert in: Südostasien aktuell, 19 (September 2000) 9, S. 369/70.

**131** Vgl. FEER, 7.12.2000, S. 14.

Einmal abgesehen von gewissen strukturellen Unvereinbarkeiten,<sup>132</sup> besteht das Problem mit ASEAN+3 in dem Umstand, daß die (im wesentlichen ökonomische) Vision weder durch nationale Strategien noch durch regionale Diplomatie gestützt wird. Sowohl China als auch Japan wird aufgrund ihrer Vergangenheit und möglicher Ambitionen unterschiedlich ausgeprägtes Mißtrauen entgegengebracht. Ähnliche Uneinigkeit besteht hinsichtlich eines vereinten Koreas und der sicherheitspolitischen Rolle der USA in der Region. Überlappende Territorialansprüche haben Fortschritte im Südchinesischen Meer sowie bei der konventionellen und strategischen Rüstungskontrolle verhindert. Bemühungen einzelner Staaten um eine Intensivierung ihrer Verteidigungszusammenarbeit mit auswärtigen Mächten können zusätzlich Spannungen erzeugen. Gleichzeitig wird das regionale Kräftegleichgewicht zunehmend durch interne Transformationsprozesse geprägt, die Widersprüche zwischen China und Japan, Thailand und Birma, Indonesien und Malaysia, Südkorea und Japan etc. künftig noch akzentuieren dürften. Es bleibt abzuwarten, wie die Chiangmai-Initiative umgesetzt wird,<sup>133</sup> bisherige Erfahrungen suggerieren nicht das schnelle Entstehen eines neuen ostasiatischen Blocks.

Ersatzweise mögen sich künftig ganz neue Konstellationen ergeben, die die Relevanz sowohl der ASEAN als auch von ASEAN+3 weiter schmälern. Im Dezember 2000 vereinbarten die Außenminister Australiens und Indonesiens in Sydney, ein neues regionales Forum unter Einbeziehung Osttimors, Papua-Neuguineas, Neuseelands sowie möglicherweise der Philippinen zu gründen.<sup>134</sup> Wenig später trat ein Abkommen zwischen Singapur und Neuseeland über eine »engere wirtschaftliche Partnerschaft« in Kraft, das auf Australien, die USA und Chile ausgedehnt werden soll.<sup>135</sup> Südkorea, Japan und Hongkong haben Interesse an einer Mitwirkung signalisiert. Malaysia hat Singapur

aufgefordert, der ASEAN-Kooperation Priorität einzuräumen,<sup>136</sup> und China strebt seinerseits ein Abkommen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft an.

**132** China und mehrere ASEAN-Staaten sind Wettbewerber um Überseemärkte und ausländische Investitionen. Japan und Südkorea wehren sich gegen die Öffnung ihrer Märkte für landwirtschaftliche Produkte aus den übrigen Regionalstaaten.

**133** Im August 2000 vereinbarten die Zentralbanken der ASEAN-Staaten die Aufstockung der für einen bestehenden Devisentauschfonds ausgewiesenen Mittel von 200 Mio. US-Dollar auf eine Milliarde; vgl. Xinhua, 12.9.2000, zitiert in: Südostasien aktuell, 19 (November 2000) 11, S. 477.

**134** Vgl. FEER, 21.12.2000, S. 12.

**135** Diesem Vorhaben stehen Malaysia, Indonesien und die Philippinen kritisch gegenüber; vgl. Südostasien aktuell, 19 (November 2000) 11, S. 476.

**136** Vgl. Stratfor.com, Global Intelligence Update (online), 28.11.2000.

## »Enlargement« oder Krisen ohne Ende

Für eine mittelfristige deutsche und europäische Südostasienpolitik stellt sich die Frage nach den Zusammenhängen zwischen Systemwandel, Kräftegleichgewicht und Kooperation, vereinfacht gesagt, nach den Wechselwirkungen zwischen Demokratisierung und relativer Stabilität.

Unsere Analyse gelangt auf den ersten Blick zu der paradox anmutenden Schlußfolgerung, daß Demokratisierung seit 1997 in vielen Staaten Südostasiens traditionelle Eliten und Patronagepolitik nicht nur nicht abgelöst, sondern deren Einfluß in einigen Fällen sogar verstärkt hat. Entsprechendes gilt für nicht-demokratisierende Staaten, deren traditionelle Eliten es teilweise verstanden haben, die allgemeine Krisenstimmung für eine populistisch-nationalistische Re-Legitimierung ihrer Regime zu nutzen. Parallelen zu postkommunistischen und lateinamerikanischen Ländern drängen sich auf.

Auf den zweiten Blick ist für dieses Phänomen allerdings nur noch in einigen Ausnahmefällen – Birma, den indochinesischen Staaten, Brunei, möglicherweise Indonesien – das Fehlen substantieller Zivilgesellschaften verantwortlich zu machen. Das zentrale Problem besteht in der anhaltenden Schwäche demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen, über die solche Zivilgesellschaften ihre Partizipationsforderungen kanalisieren könnten.

Gleichzeitig sind ostasiatische und südostasiatische Sonderwege und Selbstheilungskräfte seit 1997/98 gründlich desavouiert. Dort, wo ein industrieller »takeoff« stattgefunden hat – und das sind wiederum die oben nicht genannten Staaten, diesmal unter Einschluß Indonesiens –, gibt es keinen dritten Weg zwischen Globalisierung und Abschottung mehr, jedenfalls keinen, der ohne erhebliche innen- und außenpolitische Verwerfungen begehbar wäre.

Insofern gibt es auch keinen dritten Weg bei der Zwischenstufe Regionalisierung. Diese bedarf ebenfalls einer aktiven Mitwirkung der Zivilgesellschaften.

In dem Zusammenhang ist wichtig zu verstehen, daß Demokratisierung noch nicht Demokratie bedeutet, sondern nur einen weiteren Schritt auf dem Weg der Fusion von Staat und Gesellschaft, der ähnlich wie der erste Schritt bei der Öffnung zum globalen Markt jedenfalls anfänglich mit gewaltsamen Konflikten ein-

hergehen kann, weil nunmehr neue und alte Kräfte um Pfründe und Macht konkurrieren. Allerdings zeigen osteuropäische und lateinamerikanische Beispiele, daß die Entwicklung zur reifen Demokratie möglich ist, vorausgesetzt, Zivilgesellschaft und Institutionen sind hinreichend entwickelt, um auch unvermeidliche Opfer vermitteln zu können. Wo diese Entwicklung erfolgt, wird auch regionale Integration möglich.

Was bedeutet das für eine deutsche und europäische Mitwirkung an Transformation, Kräftegleichgewicht und Kooperation in Südostasien? Grundsätzlich könnte man es bei der kommerziellen Diplomatie der 80er und frühen 90er Jahre belassen, denn nach wie vor haben Deutschland und Europa in der Region keine vitalen strategischen Interessen. Sie sind auf dort produzierte Rohstoffe nicht angewiesen und werden von binnen- und zwischenstaatlichen Konflikten in Südostasien allenfalls indirekt betroffen. Während der Anteil der EU-Staaten am Handel mit der Region während der Krise weiter zunahm, ging das Interesse europäischer Investoren an Südostasien wieder zurück.<sup>137</sup>

Man wird es andererseits nicht mit kommerzieller Diplomatie bewenden lassen können, wenn man versteht, daß Wohlfahrt – sowie Sicherheit als Komponente von Wohlfahrt – im 21. Jahrhundert unteilbar geworden ist. Folglich ist nicht mehr gleichgültig, wer in Südostasien wie regiert oder wie lange er oder sie noch regieren wird. Den neuen alten Regimen, die derzeit versuchen, ihre Legitimität mit populistisch-nationalistischen Mitteln zu reetablieren, fehlt hierzu das Geld. Ihre Zivilgesellschaften werden das spätestens dann merken, wenn sie mit steigender Inflation für die Sanierung von Banken und Unternehmen gerade-

**137** Anteile am Südostasienhandel (1999): USA 17,9%, Japan 15,5%, EU 14,2%. Der Südostasienhandel machte 2,1% des deutschen Außenhandels aus; vgl. *Directory of Trade Statistics Yearbook 2000*, Washington: International Monetary Fund, 2000. 1995–1999 entfielen 20,9% aller ausländischen Direktinvestitionen in den ASEAN-Staaten auf EU-Mitglieder (USA: 12,6%, Japan: 16,6%); vgl. *ASEAN FDI Database 2000* (online). 1998 gingen nur 1,3% aller deutschen Direktinvestitionen im Ausland nach Südostasien; vgl. *Zahlungsbilanzstatistik*, Frankfurt: Deutsche Bundesbank, Februar 2001.

stehen sollen. Diese Rechnung ist selbst dann nicht zu bezahlen, wenn sich die Konjunktur in den USA noch einmal erholt und sich die Industriestaaten auf längerfristige Hilfsleistungen einstellen. Wo Strukturprobleme nicht behoben werden, gehen Korruption, Umweltzerstörung, Aids, Drogen etc. in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ein; die internationalen Investoren finden dann anderswo attraktivere Anlagemöglichkeiten.

Der Zusammenhang zwischen ökonomischer und politischer Transformation ist in Birma, den indochinesischen Staaten, Brunei und vielleicht sogar Indonesien weiterhin weniger zwingend als in den übrigen Staaten der Region. Aber im generellen Kontext von Krise und Nachkrisenzeit müssen sich auch diese Akteure grundsätzlich entscheiden, ob sie an der globalisierten Welt teilnehmen wollen oder nicht. Entscheidungen gegen eine Teilnahme wären hier eher nachvollziehbar, aber auch sie bergen das Risiko innerer und äußerer Konflikte.

Globalisierung und Regionalisierung sind in Südostasien noch nicht so weit fortgeschritten, daß traditionelle Gleichgewichtskalküle vollkommen irrelevant geworden wären. Sowohl innerhalb der Region als auch in ihren Beziehungen zu den pazifischen Großmächten ist »power balancing« vielfach Vorbedingung für den Erhalt des Friedens. Wichtigster »balancer« bleiben auf absehbare Zeit die USA, denen Deutsche und Europäer mit ihrer Ostasienpolitik jedenfalls nicht in den Rücken fallen sollten.

Aber Gleichgewichtspolitik ist längst nicht mehr alles, und Globalisierung eröffnet etwa über neue Kommunikationsformen ganz neue Möglichkeiten, um kreativen Einfluß auf die Zukunft einer wichtigen Weltregion zu nehmen. In Südostasien ist der Zeitpunkt erreicht, an dem sich interne und externe Akteure festlegen müssen, ob sie durch Förderung angelaufener Demokratisierungsprozesse die Liberal-Institutionalistische Ordnung stärken und zur regionalen Integration beitragen wollen oder nicht. Wer das will, muß gegebenenfalls auch Entscheidungen treffen, die kommerzielle Diplomatie kurzfristig behindern können und das Ausmaß der bilateralen Zusammenarbeit von Tempo und Tiefe des allgemeinen Transformationsprozesses abhängig machen. Im Extremfall wird er sich zwischen der territorialen Integrität eines Staates und seiner weiteren Demokratisierung entscheiden müssen, wobei Demokratisierung mittelfristig die besseren Sicherheiten bietet. Die Alternative wäre eine von innen heraus zerfallende Region, die zum Spielball auswärtiger Interessen

würde und nichtmilitärische Risiken ungeahnten Ausmaßes produzieren könnte.

## Abkürzungen

ADB	Asian Development Bank
AFTA	ASEAN Free Trade Area
AMF	Asian Monetary Fund
APEC	Asia-Pacific Economic Cooperation
ARF	ASEAN Regional Forum
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
ASEM	Asia-Europe Meetings
BA	Barisan Alternatif (Alternative Front, Malaysia)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BN	Barisan Nasional (Nationale Front, Malaysia)
CPP	Cambodian People's Party
DAP	Democratic Action Party (Malaysia)
EAEC	East Asian Economic Caucus
EAEG	East Asian Economic Grouping
FPDA	Five Powers Defence Agreements
Fretilin	Frente Revolucionario de Timor-Leste Independente
Funcinpec	Front Uni National pour un Cambodge Indépendant, Neutre et Coopératif
GAM	Gerakan Aceh Merdeka (Bewegung für ein unabhängiges Aceh)
IBRA	Indonesian Bank Restructuring Agency
INTERFET	International Force for East Timor
IWF	Internationaler Währungsfonds
KPV	Kommunistische Partei Vietnams
LPRP	Lao People's Revolutionary Party
MILF	Moro Islamic Liberation Front
MNLF	Moro National Liberation Front
MPP	Malaysian People's Party
NDF	National Democratic Front (Philippinen)
NEP	New Economic Policy (Malaysia)
NJP	National Justice Party (Malaysia)
NLD	National League for Democracy (Birma)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Pas	Parti Islam se-Malaysia
SLORC	State Law and Order Restauration Council (Birma)
SPDC	State Peace and Development Council (Birma)
TAC	Treaty of Amity and Cooperation (ASEAN)
TRT	Thai-Rak-Thai (»Thais lieben Thais«-Partei)
UDT	Uniao Democratica Timorese
UMNO	United Malay National Organisation
UNTAET	United Nations Transitional Administration in East Timor
UWSA	United Wa State Army (Birma)
ZOPFAN	Zone of Peace, Freedom, and Neutrality (ASEAN)